

EXTENDED PAPER

Politisierung oder Aufklärung? Analysen der Akteur:innen- und Aussagenstruktur in medialen Diskursen über gesundheitliche Risikophänomene und die Rolle wissenschaftlicher Expert:innen

Politicization or clarification? An analysis of the structure of actors and statements in media discourses on health risk phenomena and the role of scientific experts

Melanie Leidecker-Sandmann & Markus Lehmkuhl

Melanie Leidecker-Sandmann (Dr. phil.), Karlsruher Institut für Technologie, Department für Wissenschaftskommunikation, Englerstraße 2, 76131 Karlsruhe, Germany. Contact: leidecker-sandmann@kit.edu. ORCID: 0000-0001-7203-2448

Markus Lehmkuhl (Prof. Dr.), Karlsruher Institut für Technologie, Department für Wissenschaftskommunikation, Englerstraße 2, 76131 Karlsruhe, Germany. Contact: markus.lehmkuhl@kit.edu. ORCID: 0000-0001-8295-6548



© Melanie Leidecker-Sandmann, Markus Lehmkuhl

Politisierung oder Aufklärung? Analysen der Akteur:innen- und Aussagenstruktur in medialen Diskursen über gesundheitliche Risikophänomene und die Rolle wissenschaftlicher Expert:innen

Politicization or clarification? An analysis of the structure of actors and statements in media discourses on health risk phenomena and the role of scientific experts

Melanie Leidecker-Sandmann & Markus Lehmkuhl

Zusammenfassung: Die Covid-19-Pandemie war und ist ein in der (medialen) Öffentlichkeit überaus präsenes und vieldiskutiertes Thema. Nach Habermas stellt ein normativer Anspruch an öffentliche Diskurse dar, dass sich prinzipiell alle gesellschaftlichen Gruppen an ihnen beteiligen können. Dies gilt insbesondere dann, wenn politische Handlungsentscheidungen bezüglich gesellschaftlich relevanter Fragen und Probleme getroffen werden müssen. Wir fragen, welche gesellschaftlichen Akteur:innengruppen zu welchen Anteilen in den medialen, öffentlichen Corona-Diskurs eingebunden wurden und mit welcher Art von Aussagen sie in den Artikeln zu Wort kamen. Diese Fragen beantworten wir jeweils im Vergleich zu sechs anderen medial-öffentlichen Gesundheitsdebatten mittels quantitativer Inhaltsanalysen der Medienberichterstattung. Ein besonderer Fokus der Analyse liegt auf wissenschaftlichen Akteur:innen, die gemäß des Weberschen Prinzips der Werturteilsfreiheit der Wissenschaft idealerweise in der Rolle sachlicher ‚Aufklärer:innen‘ in den Diskurs eingebunden werden sollten, jedoch keine politischen Handlungsempfehlungen aussprechen sollten. Unsere Analyse zeigt einige Spezifika des Corona-Diskurses im Vergleich zu den anderen Gesundheitsdebatten. Er präsentierte sich im Jahr 2020 als relativ stark vermachteter Diskurs, in dem insbesondere Akteur:innen der politischen Exekutive sowie Partialinteressenvertreter:innen stark präsent waren. Vertreter:innen von Kollektivgüterinteressen spielten hingegen so gut wie keine Rolle, wissenschaftliche Akteur:innen zumindest keine dominierende. Verhältnismäßig stark gekoppelt ist das Vorkommen wissenschaftlicher Akteur:innen innerhalb der Corona-Artikel mit Akteur:innen aus der Politik. Dies deutet darauf, dass die politische Exekutive in der Corona-Krise stark auf wissenschaftliche Expertise angewiesen war. Substantiierende Aussagen dominieren die Aussagenstruktur in der Covid-19-Berichterstattung deutlich. Wissenschaftliche Expert:innen äußerten in der Corona-Debatte moderat häufiger politische Handlungsempfehlungen als in den Vergleichsdebatten.

Schlagwörter: Covid-19, Corona, Expert:innen, Akteur:innen, Medienberichterstattung.

Abstract: The COVID-19 pandemic was and is an extremely present and much-discussed issue in public. According to Habermas, a normative requirement for public discourse is that, in principle, all social groups can participate in it. This is especially true when politi-

cal decisions have to be made regarding socially relevant questions and problems. We ask which groups of actors were involved in the public corona discourse in which proportions and what kind of statements they made in the articles. We answer these questions in comparison to six other public health debates by using quantitative content analyses of the media coverage. A special focus of our analysis is on scientific actors who, according to Weber's principle of freedom from value judgments in science, should ideally be involved in the discourse in the role of factual 'enlighteners' but should not make political recommendations for action. Our analysis reveals some specifics of the corona discourse compared to the other health debates. In 2020, especially actors from the political executive and representatives of partial interests were strongly present within the public corona debate. Representatives of public goods interests, on the other hand, played almost no role at all, and scientific actors at least did not play a dominant role. The occurrence of scientific actors within the corona articles is relatively strongly coupled with actors from politics. This suggests that the political executive relied heavily on scientific expertise during the corona crisis. Substantiating statements clearly dominate the statement structure in COVID-19 reporting. Scientific experts expressed policy recommendations moderately more frequently in the corona debate than in the comparison debates.

Keywords: COVID-19, corona, experts, actors, media coverage.

1. Einleitung

Ob Christian Drosten, Lothar Wieler, Hendrik Streeck, Sandra Ciesek oder Özlem Türeci – wissenschaftliche Expert:innen, so die allgemeine Wahrnehmung, waren und sind im öffentlichen Diskurs¹ über die Covid-19-Pandemie so gefragt und präsent wie vielleicht noch nie (Kropp, 2020). „In der Corona-Krise sind die Regierungen angewiesen auf Expertise wie selten zuvor: Es kommt darauf an, zu einem noch sehr unbekannten Phänomen Wissen und Expertise zu erhalten, um die richtigen politischen Entscheidungen treffen zu können.“ (Kropp, 2020)

Auch das Bedürfnis der Bevölkerung nach wissenschaftlich fundierten Informationen über das Virus an sich, Risiken, die von ihm ausgehen, die Wirksamkeit von Schutzmaßnahmen oder auch Chancen und Risiken durch Impfungen ist groß. So wurden wissenschaftliche Akteur:innen zu einer wichtigen Quelle im öffentlichen Diskurs, da (nur) sie über die nötige Expertise verfügen, um Antworten auf diese wissenschaftsbezogenen Fragen geben zu können.

Laut einer repräsentativen Umfrage des Wissenschaftsbarometers (WiD, 2020) sind 81 Prozent der deutschsprachigen Bevölkerung der Meinung, dass politische Entscheidungen zum Umgang mit der Covid-19-Pandemie auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren sollten. Die Frage jedoch, ob Wissenschaftler:innen sich

1 Wir verstehen Öffentlichkeit im Habermas'schen (1992) Sinne als eine Sphäre oder ein Forum, in der/in dem sich durch öffentliche und ungezwungene Kommunikation eine öffentliche Meinung der Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft über die Regelung öffentlicher Angelegenheiten herausbilden kann (Gerhards et al., 1998; Peters, 1994). Dieser Raum ist in modernen Gesellschaften selten physisch erfahrbar, sondern er wird in der Regel mithilfe (massen-)medialer Kommunikation hergestellt. „Moderne Öffentlichkeit ist vor allem ‚Medienöffentlichkeit‘.“ (Gerhards et al., 1998, S. 38) Insofern betrachten wir (massen-)mediale Diskurse als öffentliche Diskurse – wobei öffentliche Diskurse nicht allein aus (massen-)medialen Diskursen bestehen (müssen).

auch in die (Corona-)Politik einmischen sollten, spaltet die Bevölkerung: 39 Prozent sehen eine solche Einmischung als Aufgabe der Wissenschaft an, 26 Prozent sind unentschieden und 32 Prozent lehnen eine solche Einmischung ab.

Insbesondere, wenn gesellschaftlich relevante Probleme (wie etwa die Covid-19-Pandemie) öffentlich diskutiert werden, erscheint es aus Sicht deliberativer Demokratie- und Öffentlichkeitstheorien (etwa Habermas, 1992) relevant, dass sich Vertreter:innen aller gesellschaftlichen Gruppen am Diskurs beteiligen können (und nicht nur Vertreter:innen der Politik), um eine freie Meinungsbildung unter den Gesellschaftsmitgliedern zu gewährleisten.

Entscheidend ist darüber hinaus, wie sich die in den öffentlichen Diskurs einbezogenen Akteur:innen äußern, d. h., welche Art von Aussagen sie treffen. Im Rahmen unserer Analyse möchten wir empirisch prüfen, 1) welche Akteur:innengruppen den medialen, öffentlichen Diskurs über Covid-19 prägten. Insbesondere interessiert uns der Anteil wissenschaftlicher Akteur:innen innerhalb des Diskurses. Darüber hinaus analysieren wir, 2) welche Art von Aussagen die Akteur:innen tätigten. Hierbei interessiert uns insbesondere die Frage, ob Wissenschaftler:innen zu politischen Entscheidungen Stellung bezogen haben beziehungsweise selbst politische Handlungsempfehlungen äußerten, oder lediglich Sachwissen in den Diskurs einbrachten. Unsere Forschungsfragen zielen – in Anlehnung an Habermas (1992) – primär darauf ab, den medial-öffentlichen Diskurs oder Willensbildungsprozess zu ausgewählten Themen unter Berücksichtigung des Habermas'schen Akteur:innenmodells strukturell zu beschreiben. Wir fragen, wer sich wie über ein Thema X öffentlich äußert. Im Speziellen geht es uns um das in der Medienöffentlichkeit sichtbare Verhältnis verschiedener Akteur:innengruppen (etwa Politik und Wissenschaft): Wer kommt zu Wort und welche Rollen nehmen verschiedene gesellschaftliche Gruppen im medialen Diskurs ein? Gedeutet werden sollten unsere Befunde vor dem Hintergrund, dass der medial-öffentliche Diskurs ein (bis zu einem gewissen Grad) journalistisch konstruierter ist: Der/Die Journalist:in kann entscheiden, welche Akteur:innen er:sie in einem Beitrag mit welcher (Art von) Aussage zu Wort kommen lässt. Aus einer theoretischen Perspektive, die Journalismus als Inklusions- und Partizipationsleistung versteht (Welker, 2016), stellt die Einbeziehung verschiedener gesellschaftlicher Akteur:innen in medial-öffentliche Diskurse eine Inklusionsleistung dar (Eilders, 2011). Nur diejenigen Akteur:innen, die von den Journalist:innen selektiert und in den medial-öffentlichen Diskurs einbezogen werden, können ihre Standpunkte in den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung einspeisen. Die journalistischen Selektionsentscheidungen wiederum werden beeinflusst von zahlreichen, zum Teil miteinander vernetzten, Einflussfaktoren, die in Mehrebenenmodellen der Nachrichtengebung (die einer Mikro-, Meso- und Makrologik folgen) systematisiert wurden (etwa Donsbach, 1987; Esser, 1998; Weischenberg, 1992; Reese, 2001). Dazu gehören etwa äußere Rahmenbedingungen des Gesellschafts- und Mediensystems, in die der Journalismus eingebettet ist, wie die (politische) Kultur und Ideologie, die Pressefreiheit eines Landes oder mediale Wettbewerbsstrukturen (Makroebene), organisatorische, redaktionelle Strukturen und Routinen (Mesoebene) oder individuelle Merkmale der Journalist:innen, wie ihr eigenes Rollenselbstverständnis, ihre politischen Einstellungen, ihr persönliches Wissen,

ihre Erfahrungen und Werte (Mikroebene). Journalismustheorien mittlerer Reichweite beziehungsweise theoretische Ansätze, die sich explizit mit der journalistischen Nachrichten- und Quellenwahl beschäftigen, sind etwa die Nachrichtentheorie (z.B. Maier et al., 2010), Gatekeeping (z.B. Engelmann, 2016) sowie die News Bias- (z.B. Scheufele & Engelmann, 2013) und Framing-Forschung (z.B. Matthes, 2014).

Der ‚vorgelagerte‘ Entstehungsprozess des medial-öffentlichen Diskurses ist zwar nicht explizit Teil unserer Analyse. Wir konzentrieren uns sozusagen auf das ‚Endprodukt‘ des journalistischen Auswahlprozesses, das im medialen Diskurs öffentlich sichtbar wird. In der Diskussion der Ergebnisse werden wir jedoch auf journalismustheoretische Überlegungen zurückgreifen, um unsere Befunde zu interpretieren.

Die Fragen nach der Akteur:innen- und Aussagenstruktur innerhalb des medialen Covid-19-Diskurses beantworten wir jeweils im Vergleich zu sechs früheren öffentlichen Risikodebatten. Der Vergleich der Akteur:innen- und Aussagenstruktur innerhalb des medialen Covid-19-Diskurses mit derjenigen anderer medialer Risikodiskurse dient erstens dem Aufzeigen von Gemeinsamkeiten und/oder Unterschieden zwischen verschiedenen Risiken und damit zweitens der Überprüfung, ob die Befunde zur Covid-19-Berichterstattung verallgemeinerbar sind (lassen sich etwa Muster der Berichterstattung erkennen oder handelt es beim Coronadiskurs um einen ‚Sonderfall‘ im Gegensatz zum ‚Normalfall‘?) sowie drittens der Einordnung und Interpretation der Befunde (ist etwa der Anteil wissenschaftlicher Akteur:innen im Covid-19-Diskurs als ungewöhnlich hoch, niedrig oder durchschnittlich zu bezeichnen?). Wir halten solche komparativen Analysen für relevant, da der Vergleich an sich eine zentrale wissenschaftliche Erkenntnismethode darstellt, die über Einzelbeobachtungen hinaus geht und einem Sachverhalt erst „Bedeutung und eine individuelle Identität“ verleiht (Stark et al., 2012, S. 9). Darüber hinaus ist uns bisher keine Analyse bekannt, die einen Vergleich der Akteur:innen- und/oder Aussagenstruktur in der Coronaberichterstattung mit denjenigen innerhalb der Berichterstattung über andere Risikophänomene vergleicht. Sie trägt damit zur Schließung einer Forschungslücke bei.

Zur theoretischen Einordnung und Interpretation der Befunde werden wir im Folgenden zunächst die deliberative und diskurstheoretische Sicht auf die Akteur:innenstruktur in öffentlichen Debatten skizzieren sowie drei prominente Modelle des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik (technokratisches, dezisionistisches und pragmatisches Modell) beschreiben, auf denen unsere Forschungsfragen basieren. Zusätzlich verweisen wir auf vorangegangene empirische Arbeiten, die sich mit wissenschaftlichen Expert:innen in medialen (Risiko-)Diskursen beschäftigen und/oder analysieren, wie sich diese in öffentlichen Diskursen äußern. Im Anschluss stellen wir das methodische Vorgehen unserer Studie vor und präsentieren die Ergebnisse unserer Analysen, die wir in einem Fazit zusammenfassen und interpretieren.

2. Akteur:innen im medial-öffentlichen Diskurs

2.1 Akteur:innenstruktur

2.1.1 *Wer sollte sich an öffentlichen Diskursen beteiligen? Habermas' Idealmodell öffentlicher Diskurse*

Dem Habermas'schen „Idealtypus bürgerlicher Öffentlichkeit“ (Habermas, 1990, S. 12) zufolge gilt als normativer Anspruch an öffentliche² Diskurse, dass sich prinzipiell alle gesellschaftlichen Gruppen an ihnen beteiligen können (sogenannte „Transparenzfunktion“ (Neidhardt, 1994, S. 8)). Insbesondere, wenn politische Handlungsentscheidungen bezüglich gesellschaftlich hoch relevanter, normativer Fragen und Probleme getroffen werden müssen – wie etwa im Rahmen der Covid-19-Pandemie – sei es von großer Bedeutung, dass die öffentliche Diskussion nicht auf Akteur:innen des Staates beziehungsweise des politischen Zentrums (Habermas, 1992, S. 430) beschränkt bleibe (sogenannte „vermachtete Öffentlichkeit“ (Gerhards, 2002, S. 138)), sondern dass auch Akteur:innen aus der sogenannten „Peripherie“ (Habermas, 1992, S. 430), also zivilgesellschaftliche Akteur:innen in die öffentliche Diskussion eingebunden werden (sogenannte „autochthone Öffentlichkeit“ (Gerhards, 2002, S. 138)). Bei 'Routineentscheidungen' hingegen sei es weniger zentral und gegebenenfalls sogar vernünftig, wenn diese ohne extensive öffentliche Diskussion getroffen würden (Albrecht, 2010, S. 35–39; Ferree et al., 2002, S. 300; Habermas, 1992, 439–432).

Insbesondere bei Diskursen über gesundheitliche Risikophänomene (wie Covid-19) ist zu erwarten, dass wissenschaftliche Expert:innen als periphere Akteur:innen eine bedeutende Rolle einnehmen, da Fragen rund um diese Themen eine hohe gesellschaftliche Relevanz besitzen und speziell die Akteur:innengruppe der Wissenschaftler:innen über das nötige Fachwissen verfügt, um wissenschaftlich fundierte Aussagen, Analysen und Einschätzungen geben zu können, die sowohl für das politische Zentrum als auch die Bevölkerung als Ganzes von Bedeutung sind.

Ein insbesondere im Zuge der Reflexion über die Coronaberichterstattung vielfach diskutiertes Phänomen ist das der sogenannten ‚False Balance‘. Um eine einseitige Berichterstattung zu vermeiden und möglichst verschiedene Ansichten und Meinungen zu einem Thema in den medialen, öffentlichen Diskurs einzuspeisen, neigen Journalist:innen mitunter dazu, auch Akteur:innen mit Minderheitenmeinungen, die einer klaren, wissenschaftlich fundierten Mehrheitsmeinung widersprechen, (übergebürlich häufig) zu Wort kommen zu lassen. Diese Praxis wird in der Regel als problematisch angesehen: „When a scientific issue is settled, presenting sources from ‘both sides’ as if the scientific community were split on the issue, is misleading the public“ (Lewandowsky et al., 2021; u. a. auch Weisband, 2021). Da wir im Rahmen unserer Analyse jedoch die in den medialen Diskurs eingebrachten Meinungen inhaltlich nicht analysiert haben, sondern uns lediglich auf die Repräsentation aggregierter Akteur:innengruppen konzentrieren, möchten

2 Öffentlichkeit wird als Kommunikationsforum verstanden, das für alle offen/zugänglich ist (Habermas, 1990, S. 54; Neidhardt, 1994, S. 7).

wir auf dieses Problem an dieser Stelle lediglich verweisen, ohne es im Folgenden weiter zu vertiefen.

Interessant erscheint aus unserer Sicht jedoch darüber hinaus nicht nur das Gesamtmuster der medialen Akteur:innenstruktur (über alle Medienbeiträge hinweg), sondern insbesondere auch die Akteur:innenkonstellationen beziehungsweise das Akteur:innenensemble, das *innerhalb einzelner medialer Beiträge* präsentiert wird (u. a. Bucher, 2017, S. 321). Diese Konstellationen werden von den Journalist:innen bewusst „arrangiert“ (Bucher, 2017, S. 321; vgl. auch Peters et al., 2004, S. 22), wohingegen sich das Gesamtbild der Akteur:innenstruktur erst aus der Summe individueller journalistischer Beiträge mit je spezifischen Akteur:innenkonstellationen ergibt (und somit nicht von einzelnen Journalist:innen gezielt arrangiert werden kann³). Ein:e Journalist:in kreiert dadurch innerhalb eines Beitrags ein Bild von Öffentlichkeit (eine massenmedial vermittelte Öffentlichkeit), das durch einseitige oder vielfältige Akteur:innenkonstellationen, die einer einzigen oder verschiedener gesellschaftlicher Sphären entspringen können, geprägt sind. Aus journalismustheoretischer sowie Habermas'scher Sicht wäre eine einseitige, lediglich auf politische Akteur:innen fokussierte Quellenauswahl problematisch (Albæk, 2011, S. 337).

Zwar können wir anhand des gemeinsamen Vorkommens sich aktiv zu Wort meldender Akteur:innen noch nicht sagen, ob diese innerhalb des Beitrags auch in einen öffentlichen sichtbaren Diskurs miteinander treten beziehungsweise, ob die Äußerungen des:der einen Akteurs:Akteur:in sich auf diejenigen des:der anderen Akteurs:Akteur:in beziehen. Allerdings ist das gemeinsame Vorkommen verschiedener deliberativer Akteur:innen eine Grundvoraussetzung für die mediale Sichtbarkeit eines entsprechenden Diskurses, der – dem Habermas'schen Idealmodell entsprechend – Vertreter:innen unterschiedlicher gesellschaftlicher Sphären berücksichtigen sollte. Nur im Rahmen einer Öffentlichkeit, die auch periphere Akteur:innen der Zivilgesellschaft umschließt, kann es zu Deliberationsprozessen im Habermas'schen Sinne kommen (Gerhards, 2002, S. 139). Wissenschaftliche Studien, die die Zusammensetzung und Präsentation verschiedener öffentlicher Diskursteilnehmer:innen analysieren, stellen laut Peters et al. (2004, S. 9–12) eine Forschungslücke dar.

2.1.2 Forschungsstand – Wissenschaftliche Expert:innen in öffentlichen (Risiko-) Diskursen

Bezüglich der Akteur:innenstruktur lassen sich zahlreiche empirische Analysen nennen, die belegen, dass wissenschaftliche Expert:innen in der Medienberichterstattung eine bedeutende Rolle einnehmen und dort sogar zunehmend präsent sind (u. a. Albæk et al., 2003, S. 937–941; Huber, 2014, S. 110; Leidecker-Sandmann et al., 2022; Peters et al., 2008, S. 204; Soley, 1994, S. 65). Dies ist selbstverständlich insbesondere in der Wissenschaftsberichterstattung der Fall (Blöbaum, 2017, S. 231).

So zeigt etwa eine quantitative Inhaltsanalyse aller journalistischen Beiträge, die innerhalb eines zweiwöchigen Untersuchungszeitraums in den Jahren 2008

3 Hinzu kommt, dass die Rezipient:innen das Gesamtbild der Akteur:innenstruktur in der Regel nicht überblicken können. Dazu müssten sie alle publizierten Beiträge zu einem Thema rezipieren.

und 2009 von zwei deutschen Fernsehsendern und zwei deutschen überregionalen Tageszeitungen veröffentlicht wurden, dass wissenschaftliche Expert:innen die am zweithäufigsten verwendete Expertenquelle (nach Wirtschaftsakteur:innen) in den journalistischen Beiträgen darstellen (etwa 17 % aller in den Beiträgen zu Wort kommenden Expert:innen sind Wissenschaftler:innen). Darüber hinaus sind wissenschaftliche Expert:innen innerhalb der Beiträge für den größten Anteil an Aussagen verantwortlich (knapp 20 %) (Nölleke, 2013).

Analysen, die speziell die Medienberichterstattung über wissenschaftliche Themen in den Blick nehmen, kommen zu noch größeren Anteilen wissenschaftlicher Expert:innen in der Berichterstattung. Eine quantitative Inhaltsanalyse speziell der Life-Science-Berichterstattung deutscher Nachrichtenmedien etwa zeigt, dass 56,5 Prozent der Hauptakteur:innen in den journalistischen Beiträgen Wissenschaftler:innen darstellten, nur gut fünf beziehungsweise dreieinhalb Prozent der Hauptakteur:innen waren hier wirtschaftliche oder politische Akteur:innen (Blöbaum et al., 2004, S. 92–93). Auch eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung spanischer Qualitätszeitungen zum Thema Impfen und Impfungen im Zeitraum 2012 bis 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass 77,5 Prozent der in den Artikeln identifizierten Quellen wissenschaftliche Quellen darstellten und nur 22,5 Prozent nicht-wissenschaftliche Quellen, wie etwa Regierungsorganisationen, NGOs oder Verbrauchergruppen (Catalan-Matamoros & Elías, 2020, S. 8).

Allerdings, so zeigen weitere Studien, sind selbst innerhalb der Wissenschaftsberichterstattung Unterschiede zwischen verschiedenen Themen zu erwarten. Eine quantitative Inhaltsanalyse internationaler Printmedien (Schäfer, 2007, S. 105–107) zeigt etwa, dass die Berichterstattung über Neutrinoforschung und Human genomforschung jeweils von wissenschaftlichen Sprecher:innen dominiert wird – wohingegen die Berichterstattung über Stammzellenforschung überwiegend von politischen Sprecher:innen geprägt ist. Insofern erscheinen themenvergleichende Analysen wie im Rahmen des vorliegenden Projekts aus unserer Sicht sinnvoll. Das Vorkommen bestimmter Akteur:innengruppen kann zusätzlich im Zeitverlauf der thematischen Berichterstattung schwanken: So zeigt etwa eine Analyse Kolbs (2005) zur medialen Darstellung von Umweltproblemen durch Autoabgase, dass in der Anfangsphase der Berichterstattung Wissenschaftler:innen eine bedeutsame Rolle einnahmen (mehr als die Hälfte der Zitate gingen hier auf Wissenschaftler:innen zurück). Im Verlauf der Berichterstattung wurde das Thema jedoch immer stärker politisiert, wodurch ein auffälliger Rückgang wissenschaftlicher Akteur:innen auf nur noch sechs Prozent festzustellen war, während der Anteil politischer Akteur:innen in den Beiträgen auf über 40 Prozent anstieg (Kolb, 2005, S. 185–188).

Die meisten Studien, die speziell die Berichterstattung über die Covid-19-Pandemie analysieren, deuten an, dass die Akteur:innenstruktur innerhalb dieses medialen Diskurses insgesamt stark politisiert ist.

Eine Inhaltsanalyse reichweitenstarker Nachrichtenmedien aus Deutschland zeigt etwa, dass „politische Akteure die mediale Berichterstattung über die Pandemie dominiert haben (insgesamt 47 % der genannten Akteure)“ (Maurer et al., 2021, S. 27) – und dass diese Dominanz im Zeitverlauf (von Januar 2020 bis Ende April 2021) sogar zugenommen hat. Wissenschaftliche Akteur:innen hingegen

machten insgesamt 19 Prozent der in der Berichterstattung referierten Akteur:innen aus, wobei darunter auch Ärzt:innen und Vertreter:innen des Gesundheitswesens fielen (fast 11 % der Nennungen); Virolog:innen stellten nur knapp vier Prozent der genannten Akteur:innen und kamen hauptsächlich während der ersten Pandemiewelle vor, seltener in der zweiten und dritten. Wissenschaftler:innen anderer Disziplinen machten drei Prozent der Akteur:innennennungen aus (Maurer et al., 2021, S. 27).

Eine weitere Inhaltsanalyse zur Berichterstattung über die Covid-19-Pandemie auf den Titelseiten spanischer und italienischer Tageszeitungen zeigt, dass nationale politische Akteur:innen die am meisten genannte Akteur:innengruppe in den Artikeln darstellen (28 %) – hinzu kommen noch internationale politische Akteur:innen, die einen Anteil von zehn Prozent an den Akteur:innen ausmachen. Am zweithäufigsten wurden Bürger:innen (27 %) als Protagonist:innen in der Berichterstattung erwähnt, (prominente) Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens machten 14 Prozent aus und elf Prozent Betroffene/Patient:innen. Gesundheitspersonal und Forscher:innen/Wissenschaftler:innen machten nur sechs beziehungsweise vier Prozent der Akteur:innen aus (Tejedor et al., 2020, S. 5–6).

Eine Analyse der Facebook-Seiten deutscher Mainstream-Medien weist ebenfalls auf einen stark politisierten öffentlichen Covid-19-Diskurs hin, da zu den am häufigsten erwähnten Akteur:innen fast ausschließlich politische Akteur:innen zählen (Quandt et al., 2020, S. 17).

Eine Inhaltsanalyse von Eisenegger et al. (2020) zur Coronaberichterstattung Schweizer Informationsmedien konnte im Vergleich dazu allerdings eine Dominanz politischer Akteur:innen unter den in der Medienberichterstattung vorkommenden Expert:innen nicht bestätigen. Unter den referierten Expert:innen in ihrer Analyse dominieren Wirtschaftsvertreter:innen (13,6 %) – wissenschaftliche Akteur:innen machen 7,6 Prozent der erwähnten Expert:innen aus, Regierungsvertreter:innen hingegen nur 4,6 Prozent. Die geringe Rolle, die Regierungsvertreter:innen im Schweizer Coronadiskurs einnahmen, erklären Eisenegger et al. (2020, S. 11) damit, dass sie nicht sämtliche zu Wort kommenden Akteur:innen erfasst haben, sondern lediglich diejenigen, die in der Rolle von Expert:innen (definiert als „Akteure, die wegen ihres privilegierten Wissens schwerpunktmässig im Beitrag ihre Position, Ansicht, Entscheidung oder auch Forderung vermitteln (können)“ (Eisenegger et al., 2020, S. 10)) präsentiert wurden.

Dieses Beispiel zeigt, dass sich die Befunde verschiedener Studien zur Akteur:innenstruktur innerhalb der Medienberichterstattung über gesundheitliche Risikophänomene nicht ohne Weiteres miteinander vergleichen lassen, sondern dass diese selbstverständlich von der Operationalisierung der Erfassung und Messung von Akteur:innen abhängen. Eine einheitliche Operationalisierung können wir im Rahmen unserer Analyse der Berichterstattung über sieben gesundheitliche Risikophänomene gewährleisten.

2.1.3 Forschungsfragen zur Akteur:innenstruktur

Unsere Analyse zielt auf eine Analyse der *Akteur:innenstruktur* innerhalb des medial-öffentlichen Diskurses über die Covid-19-Pandemie ab (und zwar im Vergleich zu anderen öffentlichen Risikodebatten). Wir fragen, welche Akteur:innen in den medialen Diskurs eingebunden wurden und die Chance erhielten, diesen inhaltlich zu prägen:

FF1a) Welche gesellschaftlichen Akteur:innengruppen kommen zu welchen Anteilen in der medialen Berichterstattung über Covid-19 zu Wort und zeigen sich diesbezüglich Unterschiede im Vergleich zu anderen öffentlichen Risikodebatten?

FF1b) Welche gesellschaftlichen Akteur:innengruppen kommen innerhalb der medialen Beiträge gemeinsam zu Wort?

FF1c) Verändert sich das Arrangement der Akteur:innenstruktur innerhalb der medialen Berichterstattung über Covid-19 im Zeitverlauf des Jahres 2020?

2.2 Aussagenstruktur

2.2.1 Was sollten die Akteur:innen im öffentlichen Diskurs äußern?

Entscheidend für den öffentlichen Diskurs ist selbstverständlich nicht nur, welche Akteur:innen in diesen einbezogen werden, sondern auch welche (Art von) Aussagen sie tätigen. Konkret interessieren wir uns dafür, wie das Verhältnis von wissenschaftlichen und politischen Akteur:innen innerhalb des öffentlichen Diskurses dargestellt wird. Die sozialwissenschaftliche Diskussion um das Verhältnis von Wissenschaft und Politik hat hierzu drei prominente Modelle wissenschaftlicher Politikberatung hervorgebracht, die allesamt als normative Modelle zu verstehen sind die sich der Frage widmen, wie sich Wissenschaft in politischen Entscheidungsfindungsprozessen verhalten sollte.

2.2.1.1 Das technokratische Modell

Das technokratische Modell der Politikberatung, das etwa von Schelsky (1961) vertreten wird, entwirft die Idealvorstellung einer wissenschaftlich orientierten Gesellschaft und einer verwissenschaftlichten Politik. Grundgedanke und Zielvorstellung dieses Modells ist, dass die technische und wissenschaftliche Entwicklung immer weiter voranschreitet und alle Lebensbereiche zunehmend durchdringt, wodurch politische Fragen und Inhalte zunehmend zu wissenschaftlichen Fragen werden. „Ehemals politische Entscheidungen werden so im wahrsten Sinne des Wortes entpolitisiert“ (Walli, 2021) und sogenannten ‚Sachzwängen‘ oder ‚Sachgesetzmäßigkeiten‘ unterworfen, die vermeintlich ‚bessere‘, rationalere Lösungen für gesellschaftliche Probleme liefern können, als politische Normen. Der politische

Entscheidungsspielraum wird somit eingeschränkt: Sachgesetzmäßigkeiten sollten die Grundlage politischer Entscheidungen sein. Insofern „verliere auch die Idee der Demokratie ihre klassische Substanz: An die Stelle des Volkswillens trete die Sachgesetzmäßigkeit.“ (Kevenhörster, 2021, S. 721) Technokratisches Regieren würde damit in letzter Konsequenz demokratisches Regieren ersetzen (Walli, 2021), was eine Herrschaft der Sachgesetzmäßigkeit bedeuten würde (Haring, 2010, S. 246–247; Kevenhörster, 2021, S. 721–722; Walli, 2021).

Vertreter:innen dieses Modells würden, bezogen auf unsere Fragestellung, argumentieren, dass es rational und wünschenswert sei, wenn wissenschaftliche Expert:innen in öffentlichen Diskursen eine zentrale Rolle einnehmen würden und darüber hinaus auch handlungsbezogene, politische Aussagen trafen.

Kritiker:innen dieses Modells monieren unter anderem, dass der Volkswille unter diesen Bedingungen eine untergeordnete Rolle spiele, dass auch unter Wissenschaftler:innen Uneinigkeit bezüglich bestimmter Fragen herrsche und dass nicht alles, was sachlogisch richtig erscheint auch immer politisch oder gesellschaftlich wünschenswert sei. So müssten etwa in Situationen wie der Covid-19-Pandemie Chancen und Risiken beziehungsweise Kosten und Nutzen von Schutzmaßnahmen (etwa harte Lockdowns) abgewogen werden (Haring, 2010, S. 248–249; Walli, 2021; Weingart, 2019, S. 5).

2.2.1.2 Das dezisionistische Modell

Anders als im technokratischen Modell sind die Funktionen der:des wissenschaftlichen Sachverständigen, nämlich die Bereitstellung wissenschaftlich fundierten Expert:innenwissens in Form von Sachaussagen, und die der:der Politikers:Politikerin, nämlich das Treffen politischer Handlungsentscheidungen in Form von Wertaussagen, im dezisionistischen Modell strikt getrennt. Zwar können wissenschaftliche Expert:innen in öffentliche Debatten einbezogen werden, um notwendiges Sachwissen und Fakten zu vermitteln (Weingart, 2019, S. 8). Konkrete Entscheidungen werden jedoch ausschließlich von der Politik getroffen und zwar „anhand von Mehrheiten, Wertvorstellungen und politischem Kalkül“ (Walli, 2021). Vorherrschend ist das Webersche Prinzip der Werturteilsfreiheit der Wissenschaft (Kevenhörster, 2021, S. 722–723; Maelzer, 2014, S. 46–53; Weber, 1922, S. 146).

Vertreter:innen des dezisionistischen Modells hielten insofern eine Einbeziehung wissenschaftlicher Akteur:innen in öffentliche Diskurse (zu Beratungszwecken) für legitim. Es ergäben sich jedoch Legitimationsprobleme, wenn Wissenschaftler:innen sich nicht darauf beschränkten, der Aufklärung dienliches Sachwissen in den Diskurs einzubringen, sondern auch mit politischen Forderungen aufwarteten.

Kritisiert wird an diesem Modell unter anderem, dass politische Wertentscheidungen prinzipiell rein interessen- und wertgeleitet getroffen werden können, ohne auf Sachwissen beruhen zu müssen (politische Willkür). Daher sollten Wertentscheidungen auch Gegenstand wissenschaftlicher Kritik sein können (Kevenhörster, 2021, S. 722–723).

2.2.1.3 Das pragmatische Modell

Das pragmatische Modell, das unter anderem von Jürgen Habermas (1969) vertreten wird, weicht die strikte Trennung zwischen Sachwissen liefernden wissenschaftlichen Expert:innen und Wertentscheidungen treffenden Politiker:innen auf. Stattdessen treten beide Seiten in einen kontinuierlichen, wechselseitigen und kritischen Austausch (Walli, 2021). Wissenschaftler:innen beraten Politiker:innen und Politiker:innen beauftragen Wissenschaftler:innen mit der Analyse für sie bedeutsamer Fragen und Probleme. „Ziel des pragmatischen Modells ist es, das empirisch-strategische Wissen der Wissenschaft und die Wertorientierung der Politik einer wissenschaftlich fundierten Diskussion zugänglich zu machen.“ (Kevenhörster, 2021, S. 723)

Im Sinne des pragmatischen Modells erscheint es demnach – im Gegensatz zum dezisionistischen Modell – durchaus legitim, wenn wissenschaftliche Akteur:innen politische Wertentscheidungen diskutieren (ohne, dass sie selbst politische Wertentscheidungen trafen) (Habermas, 1969; Kevenhörster, 2021, S. 723; Maelzer, 2014, S. 46–53; Walli, 2021).

Kritisiert wird am pragmatischen Modell, dass es das „Spannungsverhältnis der verschiedenen Rationalitäten von Wissenschaft und Politik, die sich in Legitimationsdilemmata äußern“ (Weingart, 2006, S. 83) nicht lösen könne.

2.2.2 Forschungsstand – Die Rolle wissenschaftlicher Expert:innen in öffentlichen Diskursen

Bezüglich der Aussagenstruktur deuten verschiedene Befragungen von Wissenschaftler:innen (u. a. Peters et al., 2008; Post, 2015) darauf hin, dass diese sich in öffentlichen Diskursen – ganz dem dezisionistischen Modell (Weber, 1922) verhaftet – überwiegend in der Rolle sachlicher ‚Aufklärer:innen‘ sehen und weniger die Rolle derjenigen einnehmen möchten, die politische Entscheidungen einfordern.

Eine Inhaltsanalyse der Wissenschaftsberichterstattung 16 deutscher Nachrichtenmedien im Jahr 2011 von Volpers und Summ (2015) bestätigt dieses Rollen selbstverständnis der Wissenschaftler:innen. Sie zeigt, dass wissenschaftliche Akteur:innen in ihrer Funktion als Expert:innen innerhalb der Medienberichterstattung über Wissenschaft und Forschung (im engen Sinne) überwiegend mit Erläuterungen und Erklärungen zu Wort kommen (in 57 % der Beiträge), rein deskriptive Zahlen und Daten liefern (in 26 % der Beiträge) und/oder auf Risiken/negative Folgen von Sachverhalten verweisen (in 23 % der Beiträge). Lösungsvorschläge für problematische Sachverhalte oder Verantwortungszuschreibungen (die weniger Sach- als Wertaussagen darstellen) werden von Wissenschaftler:innen in der Berichterstattung jedoch selten getätigt (in 14 % bzw. 10 % der Beiträge) (Volpers & Summ, 2015, S. 249–250)

Eine zeitvergleichende Analyse von Albæk et al. (2003, S. 937–943) über 40 Jahre zeigte allerdings, dass sich Wissenschaftler:innen in dänischen Medien zunehmend auch zu politischen Themen und politischen Entscheidungen äußerten und diese kommentierten (hier insbesondere die Sozialwissenschaftler:innen).

Auch eine aktuelle Befragung deutscher Wissenschaftler:innen (WID et al., 2021, S. 77) macht deutlich, dass fast alle (93 %) der Meinung sind, dass die Politik ihre Entscheidungen grundsätzlich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen sollte. Jedoch herrscht große Uneinigkeit bezüglich der Frage, ob Wissenschaftler:innen sich politischer Werturteile möglichst enthalten oder sich selbst politisch einbringen sollten: Jeweils rund 50 Prozent der befragten Wissenschaftler:innen bejahen diese Fragen (WID et al., 2021, S. 77). Das Rollenselbstverständnis des:der sachlichen Aufklärers:Aufklärerin nach Weberschem Diktum scheint hier – zeitlich gesehen nach Ausbruch der Covid-19-Pandemie – etwas ‚aufgeweicht‘ zu sein.

2.2.3 Forschungsfragen zur Aussagenstruktur

Unsere Analyse fokussiert auch auf die Art der Aussagen, die Akteur:innen des medial-öffentlichen Diskurses äußern und insbesondere auf diejenigen, die wissenschaftliche Expert:innen in öffentlichen Gesundheitsdebatten tätigen. In Anlehnung an das dezisionistische Model der Politikberatung unterscheiden wir zwischen drei Haupttypen von Aussagen (mit dazugehörigen Subkategorien), nämlich 1) substantiierenden Aussagen (Sachwissen; rein quantifizierende Informationen zur Dimensionierung einer Gefährdung), 2) risikobezogenen Aussagen (Bewertung/Interpretation einer Gefahrenquelle) und 3) handlungsbezogenen Aussagen (Forderungen konkreter (politischer) Handlungen).

Zu 1) Unter substantiierenden Aussagen verstehen wir Aussagen, die geeignet sind, die Gefährdung durch eine Gefahrenquelle substantiierend zu dimensionieren. Damit gemeint ist die Bezifferung von Infizierten, Erkrankten, Todesopfern sowie auch andere quantifizierte Informationen.

Zu 2) Unter risikobezogenen Aussagen verstehen wir Aussagen, die eine Bewertung oder Interpretation der Gefahrenquelle durch den:die Akteur:in vornehmen (sowohl explizit als auch implizit).

Zu 3) Unter handlungsbezogenen Aussagen verstehen wir Aussagen, die die Frage beantworten: Was soll/kann beziehungsweise soll nicht/kann nicht getan werden um das Problem (etwa Covid-19) zu mildern? Bei den handlungsbezogenen Aussagen kann man zusätzlich unterscheiden, an wen sie gerichtet sind (wer ist der:die Adressat:in?). Es können Forderungen nach politischen Eingriffen in das Gemeinwesen sein, es können aber auch Hinweise sein, die sich an Forschungsinstitutionen wie die DFG richten, etwa die Forschungsförderung zu intensivieren. Es kann aber auch die Aufforderung an Bürgerinnen und Bürger sein, sich die Hände zu waschen, sich impfen zu lassen und dergleichen. Als handlungsbezogene Aussagen wurden daher nur solche Aussagen codiert, die implizit oder explizit eine:n Adressat:in haben, also die Frage beantworten, wer etwas tun soll. Wir unterscheiden drei Subtypen handlungsbezogener Aussagen, die sich an unterschiedliche Adressat:innen richten, nämlich solche, die sich auf 1) die politische Strategie beziehen, 2) solche, die Handlungsoptionen auf kollektiver oder gesellschaftlicher Ebene ansprechen, die aber mit keinem konkreten politischen Programm verknüpft sind (kollektive Wirksamkeit) und solche, die auf 3) Handlungen einzelner Personen abzielen (persönliche Wirksamkeit). Die beiden letztgenannten Subtypen

haben wir in Anlehnung an Literatur aus der Gesundheits- und Risikokommunikation gebildet: Evensen und Clarke (2012, S. 396–398) etwa unterscheiden zwischen „personal“ and „collective efficacy“, also zwischen Handlungen, die Einzelpersonen unternehmen können (persönliche Wirksamkeit) und Handlungen, die auf kollektiver Ebene ausgeführt werden können.

Die Kategorisierung der Aussagen ist insgesamt inspiriert durch das dezisionistische Modell und das Webersche Prinzip der Werturteilsfreiheit der Wissenschaft und soll unabhängig von seiner tatsächlichen Praktikabilität in der Politikberatung medienöffentliche Aussagenprofile der unterschiedlichen Akteur:innengruppen freilegen, die vor dem Hintergrund normativer Öffentlichkeitstheorien interpretiert werden können. Von Interesse in diesem Kontext ist insbesondere, ob sich die aus Befragungen bekannte Orientierung am dezisionistischen Modell der wissenschaftlichen Expert:innen in öffentlichen Diskursen auch tatsächlich ausprägt. Unsere Forschungsfrage lautet entsprechend:

FF2) Welche Art von Aussagen tätigen die verschiedenen Akteur:innengruppen innerhalb der medialen Berichterstattung über Covid-19 und zeigen sich diesbezüglich Unterschiede im Vergleich zu anderen öffentlichen Gesundheitsdebatten?

3. Methode

Wir haben quantitative Inhaltsanalysen der medialen Diskurse über sieben Risikophänomene durchgeführt, von denen sich vier mit Infektionen befassen (Antibiotika-Resistenz, Ebola, Schweinegrippe, Corona), die Gesundheitsrisiken bergen, und drei mit einzelnen Toxinen (Dioxin, Glyphosat, Stickoxide), die Umwelt- und Gesundheitsrisiken bergen.

Allen sieben Phänomenen ist gemeinsam, dass sie 1) Gesundheitsrisiken bergen und 2) als sogenannte Modernisierungsrisiken gedeutet werden (können), also als nicht intendierte negative Nebenfolgen der wissenschaftlich, technisch und ökonomisch getriebenen Optimierung menschlicher Lebensbedingungen (Beck, 1986). Dieser Deutungszusammenhang ist bei den drei Toxinen gewissermaßen als ‚etabliert‘ zu bezeichnen: Seit Mitte der 1960er Jahre werden einzelne Toxine (DDT, Quecksilber, Schwefeldioxid, Ozon, FCKW etc.) öffentlich problematisiert, um übergreifend Nebenfolgen eines auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen ausgerichteten wissenschaftlich-technischen Industrieapparates zu kritisieren, der Luft, Boden, Wasser, Artenvielfalt oder/und die Gesundheit bedroht. Als nicht-intendierte gesundheitliche Nebenfolge wird in den Debatten über Dioxin, Glyphosat und Stickoxide bis heute vorrangig das Krebsrisiko problematisiert (Radkau, 2011). Die aus den drei Toxinen erwachsenden Probleme sind ohne staatliche Eingriffe nicht oder nur schwer zu bewältigen, weshalb die Orientierung auf den Staat „zum Wesen der Umweltbewegung“ erklärt worden ist (Radkau, 2011, S. 19), woraus sich wiederum die Relevanz der (politischen) Öffentlichkeit ergibt.

Weniger etabliert ist der Deutungszusammenhang des Modernisierungsrisikos bezogen auf Infektionsrisiken, die streng genommen nur dann als Modernisierungsrisiken im Beckschen Sinne gelten können, wenn es sich nicht lediglich um

(von menschlichem Handeln unbeeinflusste) Naturkatastrophen handelt, sondern wenn ihr Auftreten von (falschen) menschlichen Entscheidungen beeinflusst ist (Lehmkuhl, 2021). Ein Bewusstseinswandel bezogen auf diese Frage setzte innerhalb medizinischer Fachcommunities Anfang der 1990er Jahre ein. Damals wurde der Begriff der „emergent infectious diseases“ geprägt (Washer, 2010, S. 1). Unter anderem durch die Entdeckung ganz neuer Viren (HIV, Ebola, Marburg Virus) und der durch den verbreiteten Antibiotikaeinsatz (etwa in der Tiermast) getriebenen Evolution resistenter Bakterienstämme verbreitete sich allmählich die Befürchtung, dass Infektionen zu ernstzunehmenden Bedrohungen werden könnten. Diese Bedeutungszunahme wurde und wird übergreifend in Zusammenhang gebracht mit der Etablierung weltumspannender Handelsnetze, allgemein einer massiv gestiegenen Mobilität von Waren und Menschen sowie des weiter andauernden Vordringens des Menschen auch in die letzten noch unberührten Weltgegenden mit ihrem Reservoir potentiell gefährlicher Erreger (Hayman, 2020). Insofern rücken allmählich auch Infektionen als unerwünschte gesundheitsbezogene Nebenfolge einer auf die weitere Steigerung des Wohlstands ausgerichteten Fortschrittsdynamik in den Blick. Teil dieses Bewusstseinswandels ist die Einsicht, dass sich das neue Gefährdungspotential von Infektionen nicht allein mit den Mitteln der Medizin umfassend eindämmen lässt. Auch andere gesellschaftliche Akteur:innen, insbesondere politische, müssen vorsorgende Maßnahmen initiieren, um das Gefährdungspotential zu vermindern, woraus sich wiederum die Relevanz einer politischen Öffentlichkeit ergibt (Washer, 2010).

Die Wahl der Themenfelder für die vergleichende Strukturanalyse der Corona-Debatte ist entsprechend inhaltlich angelegt als Vergleich der öffentlichen Repräsentation von Modernisierungsrisiken, wobei wir davon ausgehen, dass dieser Deutungszusammenhang bei den drei Umweltthemen etabliert ist, während das bei den Infektionen (noch) nicht im gleichen Maße der Fall ist. Entsprechend rechnen wir bei den Umweltthemen mit einer zivilgesellschaftlichen Infrastruktur aus NGOs mit großer Nähe zu politischen Institutionen und einem professionalisierten Kampagnenmanagement, die versuchen das Thema der Modernisierungsrisiken in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Im Unterschied dazu sind die drei der Corona-Krise vorausgegangenen Infektionen bislang wahrscheinlich nicht als Modernisierungsrisiken öffentlich problematisiert worden. Wir gehen also davon aus, dass die Thematisierung von Infektionsrisiken vor Corona zu großen Teilen im Modus einer relativ unpolitischen Gesundheitskommunikation verblieben ist, und zwar vor allem deshalb, weil es bei Infektionsrisiken anders als den Umweltrisiken vor Corona nicht möglich war oder nicht gelungen ist, das Katastrophenpotential ihres Eintretens zu plausibilisieren. Dies dürfte im Falle des Coronadiskurses anders gewesen sein, wo das Ausmaß der gesellschaftlichen Resonanz alle anderen von uns ausgewählten Modernisierungsrisiken übertraf. Insofern zielt die Analyse auf Ähnlichkeiten und Unterschiede von medial vermittelten Akteur:innen- und Aussagenstrukturen der Corona-Debatte mit schon als Modernisierungsrisiken etablierten Gegenständen und solchen, für die das (noch) nicht gilt.

Analysiert wurde für alle sieben Themen die Berichterstattung der *Süddeutschen Zeitung* (SZ), der *Welt* (DW), des *Spiegels* und der *dpa*, und zwar in einem

Zeitraum zwischen 1994 und 2020. Unser Mediensample umfasst damit ausschließlich überregionale Qualitätsmedien, die als Leit- und Meinungsführermedien in Deutschland gelten und über eine eigene Wissenschaftsredaktion verfügen. Gleichzeitig repräsentieren unsere Medien unterschiedliche Medientypen, nämlich zwei überregionale *Tageszeitungen* (die zu den größten Tageszeitungen in der Bundesrepublik zählen und sich hinsichtlich ihrer redaktionellen Linien unterscheiden; SZ: links-liberal, DW: konservativ), ein prominentes *Nachrichtenmagazin* (Der Spiegel) und die größte deutsche *Nachrichtenagentur* (dpa). Letztere wurde ausgewählt, da ihre Inhalte insbesondere von der Regionalpresse, die größtenteils über keine eigene Wissenschaftsredaktion verfügt, aufgegriffen und häufig nur minimal überarbeitet in den Regionalzeitungen weiterverbreitet werden.

Es wurden nicht über alle sieben Themen Artikel aus der gesamten Zeitspanne (1994–2020) einbezogen. Dies liegt daran, dass die Daten unserer Analyse im Rahmen mehrerer, separater Einzelprojekte zu den sieben Themen mit je eigenen Untersuchungszeiträumen erhoben wurden, die hier zusammengeführt wurden (siehe „Ergänzende Materialien“). Die Datenerhebung all dieser Projekte fußt jedoch auf einem gemeinsamen Codebuch, so dass immer dieselben Medientitel nach demselben Muster unter Berücksichtigung derselben zentralen Variablen (identische Operationalisierung) erhoben wurden, um die Vergleichbarkeit der Studien zu gewährleisten. Das Sampling (geschichtete Zufallsstichproben) konzentriert sich bei den Einzelprojekten – außer dem Covid-19-Thema – jeweils auf Zeiträume von circa fünf bis zehn Jahren, in denen das Risikophänomen mindestens einmal ein fokussiertes öffentliches Interesse auf sich gezogen hat beziehungsweise über einen längeren Zeitraum von mehr als zehn Jahren kontinuierlich mediale Beachtung gefunden hat (die genauen Untersuchungszeiträume und Verfahren zur Stichprobenbildung können den „Ergänzenden Materialien“ entnommen werden). Für die Berichterstattung zur Covid-19-Pandemie konzentriert sich die Analyse aufgrund der Aktualität des Themas lediglich auf das Jahr 2020. Insgesamt ermöglicht der Textkorpus deshalb keine klassischen Längsschnittanalysen. In der langen Zeitspanne spiegelt sich stattdessen das periodische Auf und Ab der fokussierten Aufmerksamkeit für bestimmte Themen. Entsprechend werden einzelne Jahre von der Berichterstattung über bestimmte Themen dominiert, wie Tabelle 1 ausweist.

Die Jahre 1999 und 2011 etwa werden dominiert von Dioxindebatten, die in beiden Fällen durch entsprechende Funde in Lebensmitteln veranlasst waren. In den Jahren 2018 bis 2019 geht es überwiegend um die Stickoxid-Belastung der Luft. In den Jahren 2016 und 2017 dominiert die Glyphosatdebatte im Sample, wobei diese Debatte auch noch im Jahr 2018 und 2019 geführt wurde, dort aber von der über Stickoxide überlagert wird.

Tabelle 1. Verteilung der Artikel des Samples im Zeitverlauf (N = 4.543)

Jahr	AMR (152)	Grippe (175)	Ebola (330)	Dioxin (915)	Glyphosat (297)	Stickoxide (489)	Corona (2185)
1995	0	0	16	0	0	0	0
1996	0	1	4	0	0	0	0
1997	26	2	2	0	0	0	0
1998	0	1	1	0	0	0	0
1999	0	0	3	308	0	0	0
2000	0	1	3	29	0	0	0
2001	37	0	1	17	0	0	0
2002	0	2	2	29	0	0	0
2003	0	0	3	31	0	0	0
2004	0	12	3	27	0	0	0
2005	12	9	0	27	0	0	0
2006	0	9	1	21	0	0	0
2007	0	3	2	15	0	0	0
2008	0	0	1	35	0	0	0
2009	23	81	3	10	0	0	0
2010	0	23	0	23	0	0	0
2011	0	15	4	299	0	24	0
2012	1	4	3	32	0	42	0
2013	53	5	0	7	0	37	0
2014	0	4	238	4	0	50	0
2015	0	3	40	1	31	49	0
2016	0	0	0	0	89	30	0
2017	0	0	0	0	104	66	0
2018	0	0	0	0	50	152	0
2019	0	0	0	0	23	39	0
2020	0	0	0	0	0	0	2185

Infektionen dominieren die Jahre 2009 (Grippepandemie) und 2014 (bislang größter Ebolaausbruch in Afrika). Das einzige Thema, das eine Sonderstellung einnimmt, sind Antibiotika-Resistenzen (AMR). Diesem Problem werden seit etwa Mitte der 1990er Jahre fortgesetzt Artikel gewidmet, ohne dass es je ein fokussiertes öffentliches Interesse auf sich gezogen hätte, das mit den anderen Themen vergleichbar wäre. Aus diesem Grund wurde für dieses Thema eine Zufallsstichprobe der Gesamtberichterstattung in den Jahren 1997, 2001, 2005, 2009 und 2013 einbezogen.

Die Textkorpora sind durch Stichwortsuchen in den Artikeldatenbanken *wiso presse*, *sz library* und *dpa-news.de* zusammengestellt worden. Details zu den

Suchstrings, Stichprobenverfahren, Codebüchern sowie Reliabilitätstest haben wir in den ergänzenden Materialien zusammengestellt.

Für die Codierung haben wir zwei Untersuchungsebenen unterschieden: Erstens die Artekebene ($n = 4.543$) und zweitens die wörtlich oder indirekt zitierten Aussagen von individuellen, institutionellen oder generischen Akteur:innen in diesen Artikeln ($n = 12.116$). Um eine Aussage zu codieren, musste ihr eine (einzige:r) Urheber:in eindeutig zugeordnet werden können. Diese Aussagen-urheber:innen stellen die von uns analysierten Akteur:innen dar. Für jede:n wörtlich oder indirekt zitierte:n Akteur:in wurde erfasst, aus welchem gesellschaftlichen Teilsystem er:sie stammt und was für eine Art von Aussage er:sie im Beitrag tätigt.

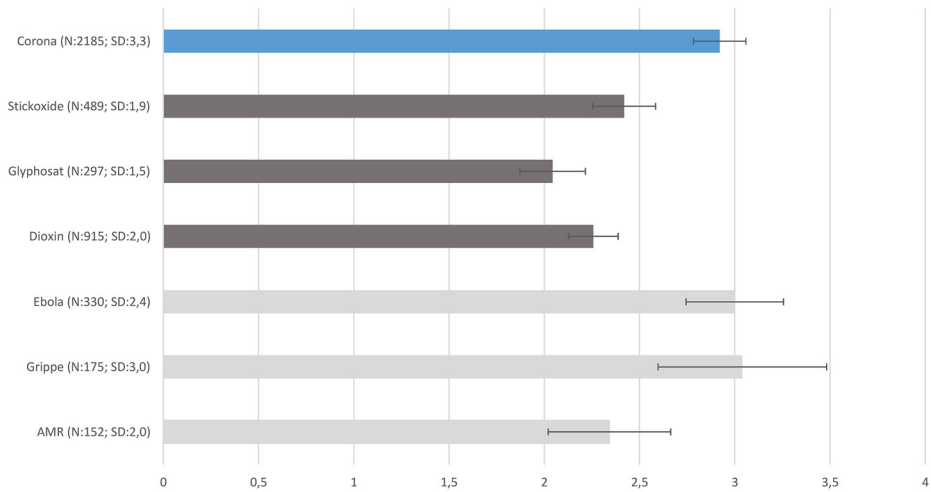
Die Codierung wurde von zwölf Codierer:innen durchgeführt, die zuvor eine intensive Schulung durch die Projektleitung erhalten hatten. Erfasst wurde auf Beitragsebene (neben formalen Aspekten) unter anderem das Thema des Beitrags. Auf Aussageebene wurden die im Beitrag direkt oder indirekt zu Wort kommenden Akteur:innen mitsamt detaillierterer Informationen über sie erfasst, wie zum Beispiel Name, Häufigkeit der Zitierung, Institutionszugehörigkeit und die Zugehörigkeit zu einem gesellschaftlichen Bereich. Die letztgenannte Variable ist für die Analyse der Akteur:innenstruktur von besonderer Relevanz. In Anlehnung an Habermas (1992) sowie einer Aggregation der verschiedenen Sozialpositionen des politischen Systems nach Easton (1990) unterscheiden wir hier Akteur:innen des öffentlichen Willensbildungsprozess, die sich idealtypisch entweder dem sog. ‚Zentrum‘ (Exekutive, Legislative, Parteien, politische Administration) oder der sog. ‚Peripherie‘ zurechnen lassen. Letztgenannter gehören u.a. die wissenschaftlichen Akteur:innen an, aber auch organisierte Verbände, Gewerkschaften oder sonstige Vereinigungen gesellschaftlicher Partikularinteressen sowie sogenannte Public Interest Groups, die Kollektivgüterinteressen vertreten (zum Beispiel Umwelt, Tiere, Verbraucher:innen). Wir unterscheiden demnach im Rahmen unserer Analyse die Akteur:innengruppen: Wissenschaftler:innen und wissenschaftliche Administration oder Medizin, politische Akteur:innen (unterteilt in Exekutive, Legislative oder Administration), Interessensverbände (Partial- und Kollektivinteressen) sowie sonstige periphere (zivilgesellschaftliche) Akteur:innen. Detailliertere Informationen zur Operationalisierung finden sich in den ergänzenden Materialien. Die Qualität der Codierung wurde vorab mittels Inter-coder-Reliabilitätstests geprüft. Die Reliabilitätswerte liegen bei allen Variablen bei beiden ermittelten Koeffizienten im sehr guten bis guten Bereich (Holsti: 0,79-1,00; Krippendorffs Alpha: 0,75-1,00).

4. Ergebnisse

4.1 Verteilung der Referenzierungen auf Akteur:innengruppen

Im Zentrum unserer Analyse stehen akteur:innen- und aussagenbezogene Strukturmerkmale der durch den deutschen Print-Journalismus vermittelten Corona-Debatte. Wir beginnen mit der Akteur:innenstruktur und wählen als Analyseinheit den einzelnen Artikel.

Abbildung 1. Durchschnittliche Zahl der Referenzierungen pro Artikel nach Themen



Anmerkungen. N = 4.543 Artikel; Fehlerbalken sind 95 %-Konfidenzintervalle.

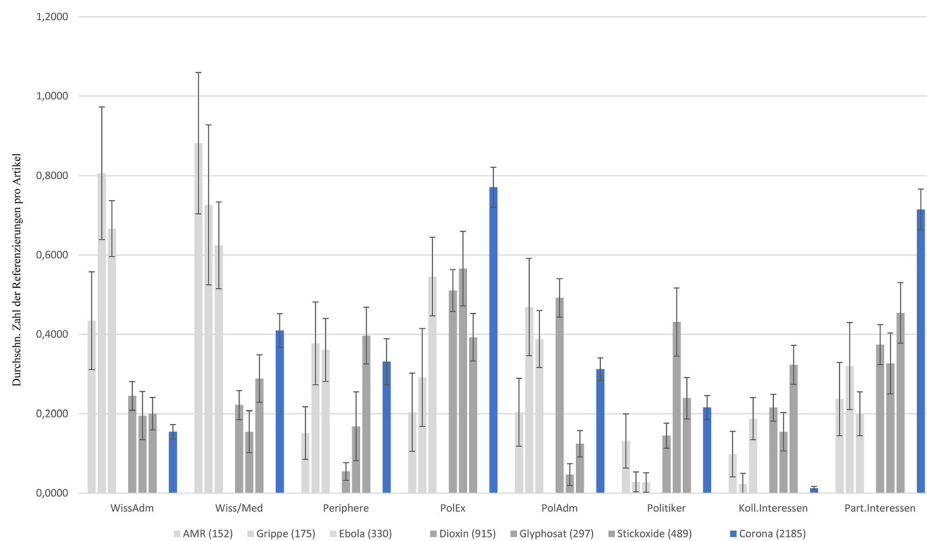
Bezüglich der durchschnittlichen Anzahl an Referenzierungen auf Akteur:innen weist Abbildung 1 aus, dass gerade die Themen, die sich dynamisch verändernde, akute Gefährdungslagen beinhalten, mit einer größeren Zahl von Referenzen auf unterschiedliche Akteur:innen in Zeitungsartikeln assoziiert zu sein scheinen. So kennzeichnet sowohl die Corona-Berichterstattung als auch die Berichterstattung über die Grippepandemie und Ebola eine signifikant höhere Zahl von Referenzierungen pro Artikel. Dieser Unterschied ist damit zu erklären, dass über diese Infektionen eine – verglichen mit den anderen Themen – größere Zahl von sehr langen Beiträgen erschienen sind, die eine große Zahl unterschiedlicher Stimmen zitieren. Dies ist ganz besonders ausgeprägt in der Corona-Debatte. Hier reicht die Spanne der in einem einzelnen Artikel zitierten unterschiedlichen Akteur:innen von 1 bis 48.

Das, was die Corona-Berichterstattung strukturell von sämtlichen anderen Themen unterscheidet, ist die etwas stärkere Konzentration aller Referenzierungen auf einen kleinen Teil der Artikel mit besonders vielen Zitierungen. In der Corona-Debatte entfallen auf das 95-Prozent-Perzentil der Artikel mit den meisten Referenzierungen gut ein Viertel (26,4 %) aller Referenzierungen, während es bei allen übrigen Themen zwischen 18 und 21 Prozent sind.

Betrachten wir die Verteilung der Referenzierungen auf die einzelnen Akteur:innengruppen (FF1a), weist die Corona-Debatte ein spezifisches Muster auf, insbesondere mit Blick auf die Zahl der Referenzierungen auf zwei der acht erhobenen Akteur:innengruppen: Als Alleinstellungsmerkmal des Covid-19-Diskurses 2020 hat die starke Präsenz von Partialinteressenvertreter:innen sowie von Akteur:innen der politischen Exekutive zu gelten (Abb. 2). Ihr Anteil an allen Referenzierungen beträgt zusammengekommen fast 60 Prozent. Dies deutet auf einen im Habermas’schen Sinne vergleichsweise stark vermachteten Diskurs hin,

was etwa durch den akuten politischen Handlungsbedarf aufgrund der Entwicklungen des Infektionsgeschehens zu erklären ist. Auch die Umweltdebatten über Dioxin, Glyphosat und Stickoxide sind sämtlich als vermachtete Diskurse zu beschreiben, weil auch hier Interessenvertretungen und die politische Exekutive dominieren, wenn auch nicht ganz so deutlich, wie im Falle von Corona. Auch in diesen Debatten entfallen etwas über 50 Prozent aller Referenzierungen nur auf diese beiden Akteur:innengruppen. Im Unterschied zu den Umweltdebatten spielen allerdings in der Corona-Debatte NGOs, allgemein Vertreter:innen von Kollektivgüterinteressen, so gut wie überhaupt keine Rolle. Wie bei der Themenwahl bereits erläutert, sind es aus unserer Sicht jedoch insbesondere solche auf öffentlichen Einfluss spezialisierte, zivilgesellschaftliche Gruppen wie NGOs und Vertreter:innen von Kollektivgüterinteressen, die prinzipiell den nötigen Einfluss und das strategische Know-How besäßen, um das Thema des Modernisierungsrisikos (erfolgreich) öffentlich zu problematisieren. Insofern könnte man unseren Befund womöglich als ein Indiz dafür werten, dass eine Problematisierung von modernisierungsbezogenen Ursachen dieser Pandemie (etwa das immer weitere Vordringen in bislang unberührte Regionen unter anderem zu Forschungszwecken, Mobilitätsrisiken und dergleichen) auf breiter zivilgesellschaftlicher Basis kaum stattgefunden hat im hier untersuchten Zeitraum 2020 (ohne, dass wir die inhaltlichen Aussagen der zu Wort kommenden Akteur:innen explizit analysiert hätten). Dieses Merkmal teilt die Corona-Debatte mit den übrigen Infektionsrisiken, wobei die Zahl der Referenzen auf Kollektivgüterinteressen bei den Antibiotika-Resistenzen nennenswert ist, was darauf deuten könnte, dass dieses Infektionsproblem mindestens punktuell auch als Modernisierungsrisiko problematisiert worden ist. Dies gilt für die Ebola-Krise ausdrücklich nicht. Der relativ hohe Anteil von Kollektivgüterinteressen in dieser Debatte geht praktisch ausschließlich auf das Konto von „Ärzte ohne Grenzen“, also einer Hilfsorganisation, die anders als etwa Greenpeace oder Food Watch nicht auf die Problematisierung von Modernisierungsrisiken ausgerichtet ist.

Abbildung 2. Durchschnittliche Zahl der Zitierungen einzelner Akteur:innengruppen pro Artikel nach Themen



Anmerkungen. N = 4.543 Artikel; Fehlerbalken sind 95 %-Konfidenzintervalle.

Die Analyse der Referenzierungen auf wissenschaftliche Akteur:innen innerhalb des Corona-Diskurses liefert ein zweigeteiltes Bild: Einerseits haben diese insofern eine wichtige Bedeutung für den Corona-Diskurs, als wissenschaftliche Expert:innen diejenige Akteur:innengruppe sind, auf die neben der politischen Exekutive und den Partialinteressen durchschnittlich am häufigsten referenziert wird. Andererseits spielen sie – anders als in den deutlich weniger politisierten drei übrigen infektionsbezogenen Vergleichsthemen – keine dominierende Rolle. In der Corona-Debatte entfallen knapp 20 Prozent aller Referenzierungen auf die beiden wissenschaftsnahen Akteur:innengruppen. In jeder der drei infektionsbezogenen Vergleichsdebatten beträgt dieser Anteil über 50 Prozent.

4.2 Das Arrangement von Referenzierungen in der Corona-Debatte im Vergleich

Wir wollen uns im nächsten Analyseschritt dem journalistischen Arrangement von Referenzierungen zuwenden. Wenn wir im Corona-Diskurs in durchschnittlich vier von zehn Artikeln eine Referenzierung auf eine:n wissenschaftliche:n Akteur:in finden, sagt das noch nichts darüber aus, wie diese Referenzierungen arrangiert sind. Es könnte sein, dass sich diese Zitierungen über mehrere Artikel gleichmäßig verteilen, es könnte aber auch sein, dass sich die Referenzierungen in ganz bestimmten Artikeln konzentrieren.

Um das Arrangement der Referenzierungen zu analysieren, verwenden wir als analytisches Maß die Differenz zwischen der Zahl zufällig zu erwartender Referenzierungen auf eine Akteur:innengruppe und der tatsächlichen Anzahl der Referenzierungen auf diese Akteur:innengruppe innerhalb der Artikel. Das heißt, je-

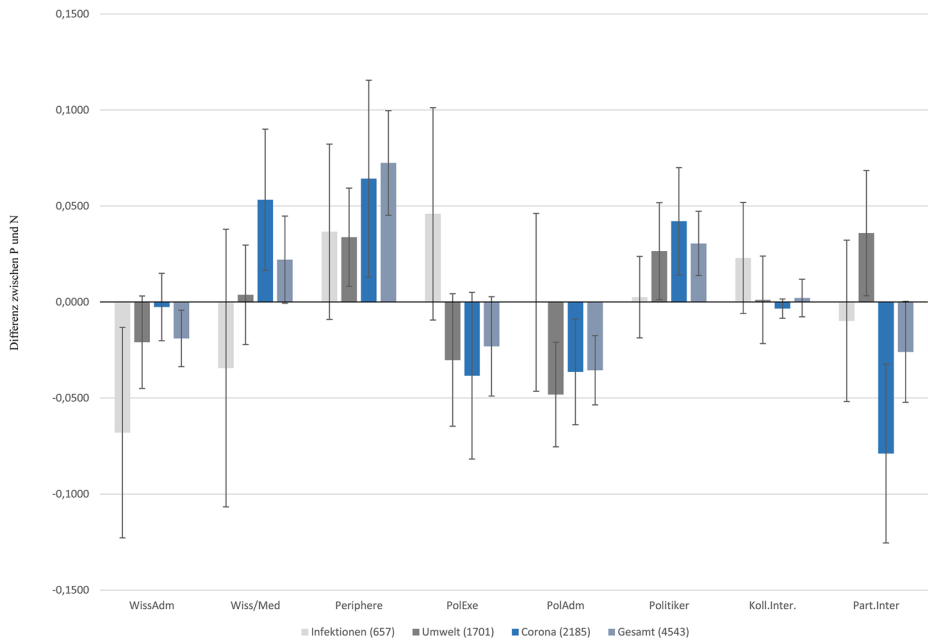
dem einzelnen Artikel wird abhängig von der Anzahl der Referenzierungen in diesem Artikel und abhängig vom Anteil der Referenzierungen auf die zu untersuchende Akteur:innengruppe an allen Referenzierungen eines Themas ein Zufallswert zugewiesen, der mit dem tatsächlichen Vorkommen der Akteur:innengruppe innerhalb des Artikels abgeglichen wird.⁴ Die Mittelwerte der aggregierten Analyse aller Artikel eines Themenfeldes ergeben entsprechend immer 0. Diesem Maß ist bei rechtsschiefen Verteilungen (wie in unserem Fall bei der Anzahl der Referenzierungen pro Artikel) der Vorzug gegenüber beispielsweise rein durchschnittlichen Angaben zu geben, weil es sensibel reagiert auf Unterschiede in der Zahl der Referenzen innerhalb eines Artikels.⁵ Die Werte dieses Maßes werden in der nach Akteur:innengruppen unterschiedenen aggregierten Analyse positiv, wenn eine Akteur:innengruppe in Artikeln mit vielen Referenzen häufiger Erwähnung findet als es ihrem Anteil entspricht. Es handelt sich entsprechend um ein artikelbezogenes Maß, das die relative Bedeutung von Verweisen auf eine Akteur:innengruppe in Relation setzt zur Zahl der Referenzierungen in einem Artikel insgesamt, so dass eine Überrepräsentation von Referenzierungen einer bestimmten Gruppe in vielstimmigen Berichten höher gewichtet, eine Dominanz bestimmter Akteur:innengruppen in kurzen Ein-Quellen-Geschichten weniger gewichtet wird.

Solche Ein-Quellen-Geschichten machen 43 Prozent (946 Referenzen) der Corona-Berichterstattung aus. Bei den Infektions- und Umweltdebatten sind es 37 (240 Referenzen) beziehungsweise 50 Prozent (846 Referenzen). Die Vertreter:innen von Partialinteressen sind in der Corona-Debatte signifikant häufiger die einzige Quelle, was eine Besonderheit der Corona-Debatte darstellt. Seltener sind es wissenschaftliche Expert:innen sowie Parteipolitiker:innen.

In Corona-Artikeln mit vielen Referenzierungen sind, wie Abbildung 3 ausweist, wissenschaftliche Expert:innen, die peripheren Akteur:innen und die Parteipolitiker:innen deutlich überrepräsentiert, die politische Exekutive (auch die politische Administration) und ganz besonders Partialinteressenvertreter:innen sind hingegen unterrepräsentiert. Das heißt, die letztgenannten Gruppen finden in vielstimmigen Artikeln nicht in dem Maße Erwähnung, wie es aufgrund ihres Anteils an allen Referenzen zu erwarten gewesen wäre. Wissenschaftliche Akteur:innen hingegen (ebenso wie periphere Akteur:innen und Parteipolitiker:innen) kommen insbesondere in multiperspektivisch angelegten Artikeln häufiger zu Wort als sie es bei den Vergleichsthemen tun. Der Unterschied ist aber nicht so groß, dass er ein statistisch signifikantes Niveau erreicht.

- 4 Beispiel: Ein Corona-Artikel zitiert zehn unterschiedliche Akteur:innen, gemessen am hohen Anteil der Referenzierungen auf Akteur:innen der politischen Exekutive müssten bei rein zufälliger Verteilung 2,8 der Referenzierungen innerhalb dieses einen Artikels auf die politische Exekutive entfallen. Tatsächlich wird aber innerhalb des Artikels nur einmal auf die politische Exekutive verwiesen. Aus der Differenz des zufällig zu erwartenden und des tatsächlichen Wertes ergibt sich ein negativer Wert von -1,8, d. h. es wird in diesem Artikel 1,8 mal seltener auf die politische Exekutive referenziert als bei zufälliger Verteilung zu erwarten gewesen wäre.
- 5 Würde auf eine bestimmte Akteur:innengruppe im Durchschnitt einmal pro Artikel Bezug genommen und würden alle zehn Artikel eines Samples insgesamt zehn Referenzen aufweisen, nimmt das Maß den Wert 0 an, gleichgültig, ob alle zehn Referenzierungen auf einen einzigen Artikel entfallen oder eine Referenzierung auf jeden Artikel.

Abbildung 3. Relative Bedeutung der Akteur:innengruppen in allen Artikel nach Themengruppen



Anmerkungen. N = 4.543 Artikel; Fehlerbalken sind 95 %-Konfidenzintervalle.

Im nächsten Schritt wollen wir zu klären versuchen, mit welchen Akteur:innen-gruppen der Journalismus speziell die wissenschaftlichen Expert:innen in den einzelnen Artikeln zusammenbringt (FF1b). Als Maß für den Kopplungsgrad verwenden wir den Anteil der Artikel, in der auf eine der sieben Akteur:innengruppen gemeinsam mit wissenschaftlich-medizinischen Expert:innen Bezug genommen wird.

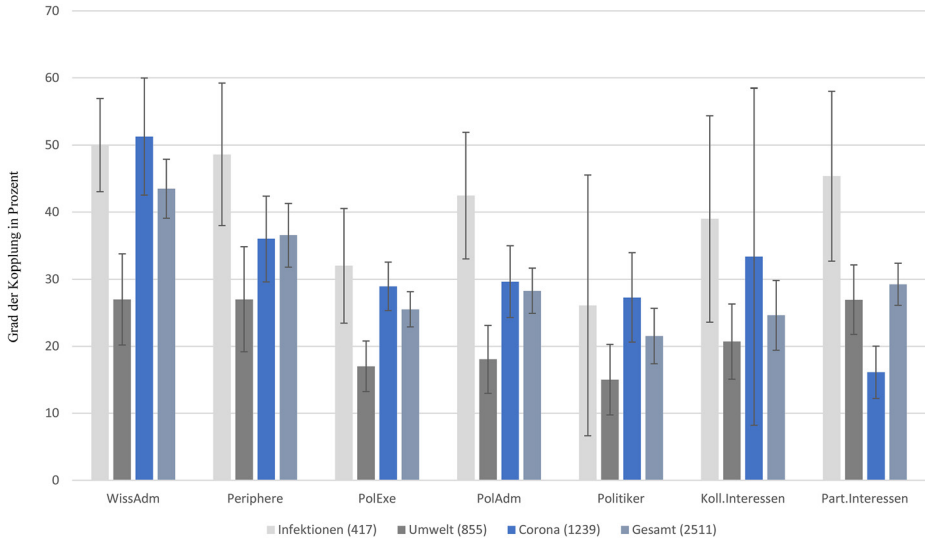
Wie Abbildung 4 zeigt, weist die hochpolitisierte Corona-Debatte ein Kopplungsmuster auf, das den wenig politisierten Infektionsdebatten im Großen und Ganzen ähnelt, sich aber klar von den ebenfalls stark politisierten Umweltdebatten unterscheidet.

Verglichen mit den Umweltdebatten kennzeichnet die einzelnen Corona-Artikel die deutlich engere Kopplung zwischen der Wissenschaft/Medizin und der Politik sowie eine ebenfalls engere Kopplung mit Vertreter:innen der wissenschaftlichen Administration. Knapp 30 Prozent aller Artikel, die auf eine der drei politischen Akteur:innengruppen referenzieren, verweist auch auf ein:e Akteur:in aus Wissenschaft oder Medizin. Über 50 Prozent aller Artikel, die ein:e Vertreter:in der wissenschaftlichen Administration zitieren, zitieren auch ein:e:n Wissenschaftler:in oder Mediziner:in.

Deutlich seltener als bei den Umweltdebatten werden Referenzen auf Wissenschaftler:innen mit Wortmeldungen von Vertreter:innen der Partialinteressen kombiniert. Nur in 16 Prozent aller Artikel, in denen Partikularinteressenver-

treter:innen⁶ zu Wort kommen, wird auch auf Akteur:innen aus Wissenschaft und Medizin verwiesen, in Umweltdebatten sind es 27 Prozent.

Abbildung 4. Grad der Kopplung zwischen Akteur:innen aus Wissenschaft und Medizin mit anderen Akteur:innengruppen



Anmerkungen. $n = 2.511$ Artikel mit mehr als einer Referenz; Fehlerbalken sind 95 %-Konfidenzintervalle

Wie in der Einleitung erwähnt, können wir den Kopplungsgrad zwischen den Akteur:innengruppen nicht inhaltlich interpretieren. Unterstellt man jedoch stark vereinfachend, dass gemeinsames Auftreten in Artikeln eine Interaktion zwischen den Akteur:innen indiziert beziehungsweise die Voraussetzung für eine solche darstellt, dann lässt sich die Corona-Debatte insbesondere im Vergleich zu den Umweltdebatten zusammenfassend folgendermaßen charakterisieren: In der Corona-Debatte interagierten Expert:innen auf Artekelebene signifikant häufiger mit der politischen Exekutive (ob einvernehmlich oder nicht, muss offen bleiben) als bei den drei Umweltdebatten. Signifikant seltener als bei den Umweltdebatten interagierten wissenschaftliche Expert:innen in der Corona-Debatte 2020 mit Partialinteressen.

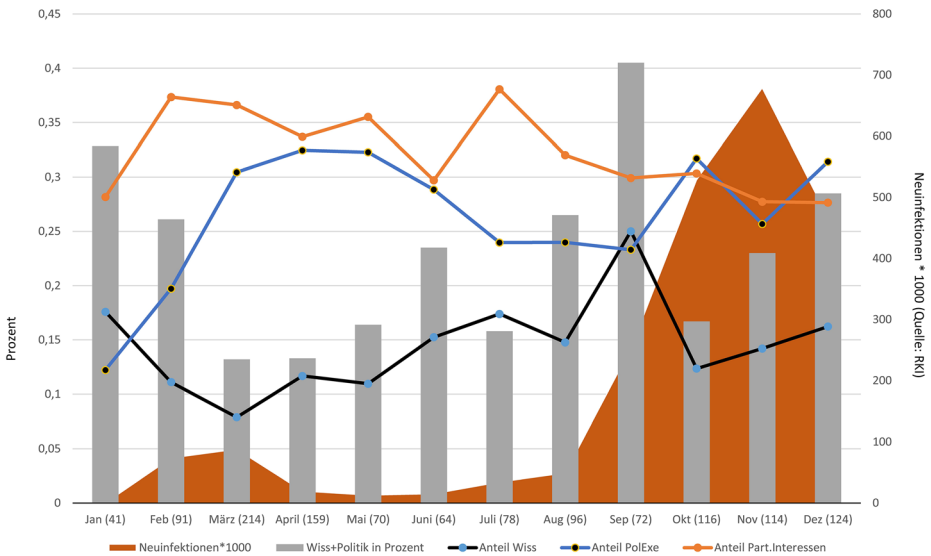
4.3 Entwicklung der Akteur:innenstruktur in der Corona-Debatte im Verlauf des Jahres 2020

Wir wollen in diesem letzten Analyseschritt mit Bezug zur Akteur:innenstruktur Veränderungen sowohl im relativen Vorkommen wissenschaftlicher, politisch exekutiver sowie Akteur:innen der Partialinteressen im Verlauf des Jahres 2020 untersuchen als auch Veränderungen im Grad der Kopplung speziell zwischen den wissenschaftlichen Expert:innen und Vertreter:innen aus der Politik (FF1c). Wir

⁶ Wir verwenden die Begriffe Partikularinteressen und Partialinteressen synonym.

fächern also den Kopplungsgrad von knapp 30 Prozent zwischen Wissenschaft und Politik Monat für Monat auf und tragen gleichzeitig Veränderungen im Anteil der Referenzierungen auf wissenschaftliche Expert:innen sowie der politischen Exekutive und der Partialinteressen ab (Abb. 5).

Abbildung 5. Relative Bedeutung von Referenzen auf wissenschaftliche Expert:innen, Partikularinteressen und politische Exekutive im Verlauf des Jahres 2020 in Kombination mit der Veränderung des Kopplungsgrades zwischen wissenschaftlichen Expert:innen und Politik



Anmerkung. n = 1.239 Artikel.

Bis einschließlich Juni folgt die Kopplung zwischen Wissenschaft und Politik (graue Säulen) einem typisch zu nennenden, groben Muster: Mit dem Anwachsen der Bedeutung politisch-exekutiver Stimmen und der wachsenden Bedeutung von Verweisen auf einflussreiche Partialinteressen, geht der Anteil journalistischer Referenzen auf wissenschaftliche Stimmen stark zurück. Der Grad der Kopplung zwischen Politik und Wissenschaft sinkt steil von 33 Prozent in der ersten Alarmierungsphase im Januar ohne nennenswerte Infektionen in Deutschland auf 13 Prozent im März und April ab. In dieser Phase ringen die politische Exekutive und die Partialinteressen um die Regularien einer wirksamen Kontaktvermeidung, während die Wissenschaft/Medizin relativ gesehen im Hintergrund bleibt. In diesen beiden Monaten mit den meisten Artikeln entfallen fast 70 Prozent aller Referenzierungen auf Akteur:innen der Exekutive und der Partikularinteressen. Im Frühling und Sommer mit niedrigen Infektionszahlen steigt die relative Bedeutung der Referenzen auf Wissenschaft und Medizin mit dem Rückgang der Bedeutung von politischer Exekutive und den Partikularinteressen wieder moderat an.

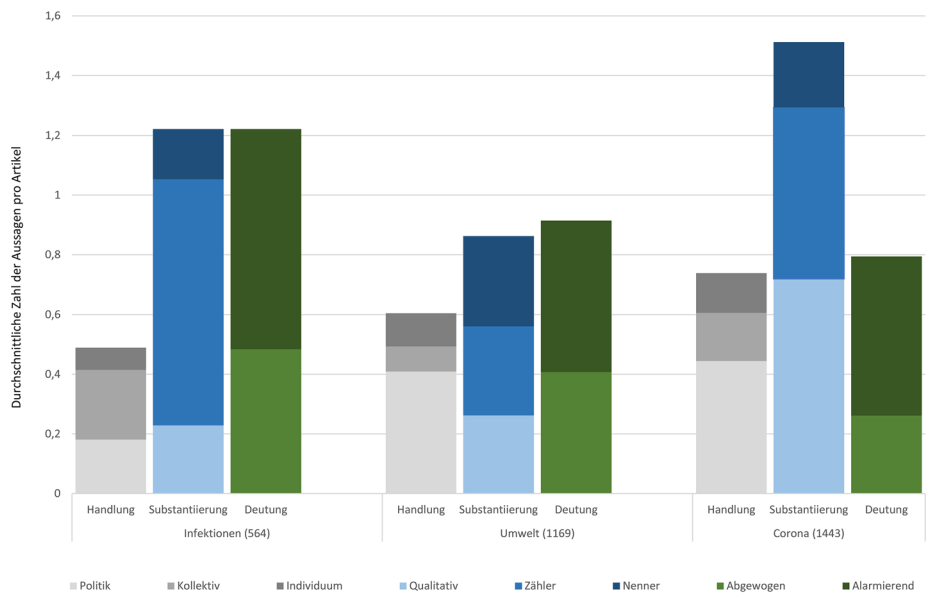
Im August/September, als sich die zweite Welle getrieben von Urlaubsheimkehrern schnell aufzubauen beginnt, verändert sich das Muster. Der Kopplungsgrad zwischen Wissenschaft und Politik steigt durch den starken Anstieg der relativen Bedeutung von Referenzen auf wissenschaftliche Expert:innen zwischen Juli und September steil auf mehr als 40 Prozent an, obwohl die relative Bedeutung der politischen Exekutive sowie der Partialinteressen im gleichen Zeitraum nicht zurückgeht. Das Muster deutet für August und September auf eine zweite Alarmierungswelle hin, erkennbar getrieben von einem starken relativen Bedeutungsgewinn von Referenzen auf Wissenschaft und Medizin und dem höchsten Kopplungsgrad des gesamten Jahres 2020. Im September ist der Anteil von wissenschaftlichen Stimmen mit 25 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Gesamtjahr 2020.

Im Oktober verzeichnet das Robert-Koch-Institut 529.000 Neuinfektionen, annähernd sechs Mal so viele wie Ende März und etwa doppelt so viele wie im Vormonat. Während die Infektionszahlen dramatisch zunehmen, geht der Kopplungsgrad von Wissenschaft und Politik stark zurück. Das Muster vom Frühjahr wiederholt sich, prägt sich sogar stärker aus. Die relative Bedeutung von Stimmen aus der politischen Exekutive nimmt mit Anwachsen der Infektionswelle zu, während die der Referenzen auf Wissenschaft und Medizin stark zurückgehen, noch stärker sinkt der Kopplungsgrad zwischen Wissenschaft und Politik. In den Artikeln entkoppeln sich beide Sphären relativ abrupt, um sich im November und Dezember wieder anzunähern.

4.4 Aussagenstruktur

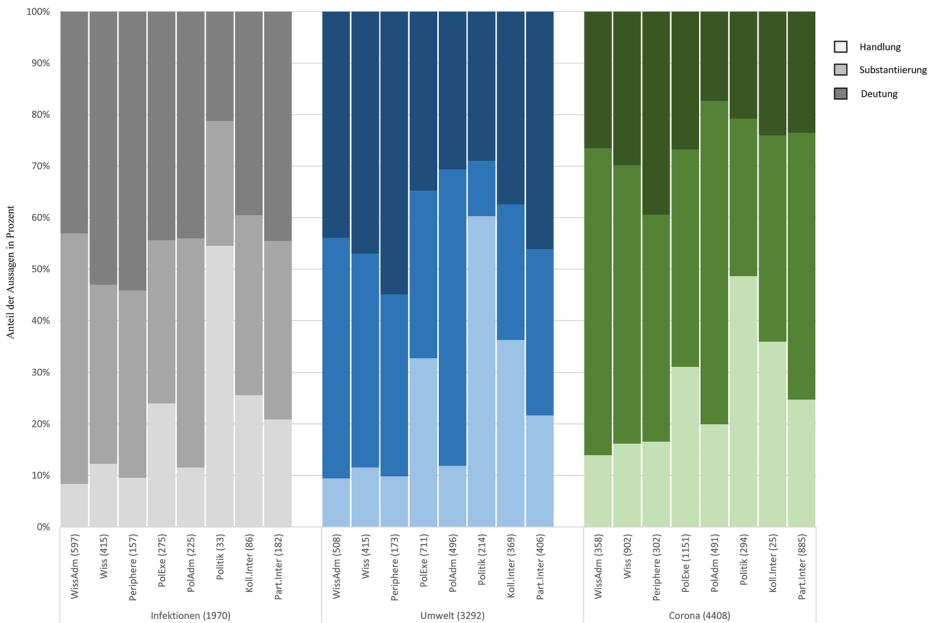
Wir wollen in einem abschließenden Analyseschritt untersuchen, mit welchen Aussagen sich die verschiedenen Akteur:innengruppen in die verschiedenen Debatten einbringen (FF2), wobei wir die Infektions- und Umweltthemen jeweils zusammengefasst betrachten. Die Aussagenmuster dieser beiden Themen dienen uns, wie schon in der Analyse der Referenzierungen, als Vergleichsfolie, um die Besonderheiten der Covid-19-Debatte freizulegen, wobei unser Augenmerk besonders den Aussagen der wissenschaftlichen Expert:innen gilt.

Abbildung 6. Durchschnittliche Zahl der Aussagen pro Artikel nach Themengruppen



Anmerkungen. n = 3.176 Artikel

Der Vergleich der durchschnittlichen Zahl der drei Aussagentypen in den 3.176 Artikeln des Samples (Abb. 6), die überhaupt eine der drei Aussagentypen aufweisen, enthüllt einen nennenswerten Unterschied zwischen der Corona-Debatte und den Umwelt- und früheren infektionsbezogenen Debatten. Bei Corona dominieren substantiierende Aussagen gegenüber den handlungsbezogenen und deuten den Aussagen deutlich. Darüber hinaus spielen handlungsbezogene Aussagen in der Corona-Debatte insbesondere im Vergleich zu den übrigen Infektionsthemen eine moderat größere Rolle, was sich insbesondere in einer etwas größeren Zahl politischer Forderungen im Corona-Diskurs äußert. Umgekehrt verhält es sich bei den risikobezogenen Deutungen. Handelte es sich bei den früheren Infektionsthemen gemessen an ihrer quantitativen Bedeutung tendenziell auch um Deutungsdebatten, gilt das für die Corona-Debatte nicht. Dies ist als Indiz dafür zu werten, dass Diskurse über die Bedrohlichkeit dieser Pandemie von vergleichsweise geringer Bedeutung sind.

Abbildung 7. Verteilung aller Aussagen auf die Akteur:innengruppen in Prozent

Anmerkungen. N = 9.670 Aussagen; hell: Handlungsaufforderungen, mittel: Substantiierungen, dunkel: Deutungen.

Das Aussagenprofil der einzelnen Akteur:innengruppen (Abb. 7) ähnelt in der Corona-Debatte dem der anderen sehr stark. Der Themenvergleich offenbart ein überraschend konsistentes Aussagenmuster, wenngleich sich in den konkreten Anteilen moderate Unterschiede zwischen den Debatten zeigen. So kennzeichnet das Aussagenprofil parteipolitischer Akteur:innen, Vertreter:innen von Kollektivgüterinteressen sowie der politischen Exekutive in allen Debatten ein relativ hoher Anteil handlungsbezogener Aussagen. Charakteristisch für die peripheren Akteur:innen und die wissenschaftlichen Expert:innen ist der vergleichsweise hohe Anteil (risiko-)deutender Aussagen, was im Falle der Peripheren damit zu erklären ist, dass sie häufig als konkret Betroffene Eingang finden in die journalistischen Texte und mit Situationsschilderungen aus ihrer Erfahrungswelt zitiert werden. Pfleger:innen oder Schulleiter:innen schildern die Situation als dramatisch oder beherrschbar, Landwirt:innen beurteilen das Risiko des Glyphosatgebrauchs oder deuten die Gefährdungen, die aus ihrer Sicht mit der Verwendung von Antibiotika in der Tiermast verbunden sind etc.

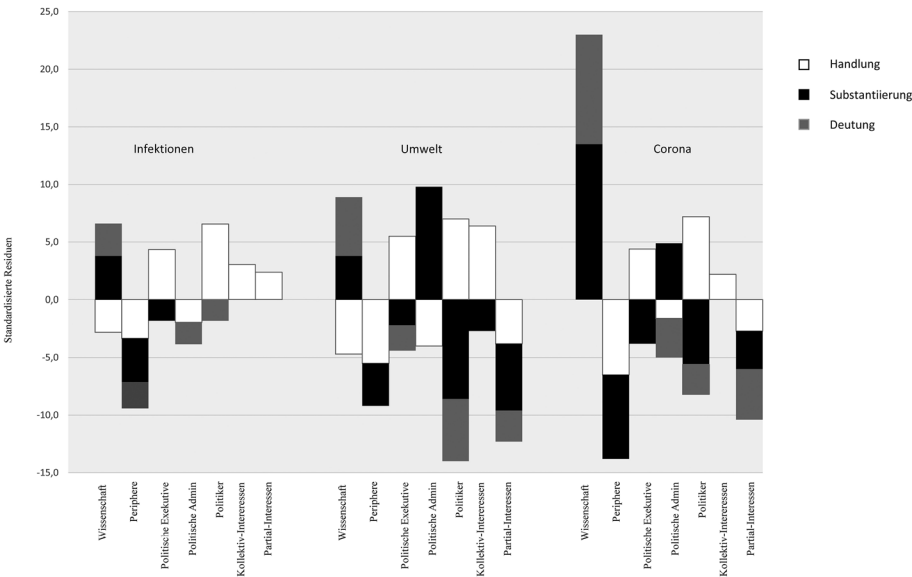
Kennzeichen des Aussagenprofils der wissenschaftlichen wie auch der politischen Administration in allen Debatten ist der vergleichsweise hohe Anteil substantiierender Aussagen, der in allen Fällen auch den Anteil substantiierender Aussagen von Wissenschaftler:innen und Mediziner:innen moderat übersteigt.

Damit können wir in diesem Analyseschritt zunächst konstatieren, dass keine Akteur:innengruppe in der Corona-Debatte ein substantiell anderes Aussagenpro-

fil aufweist als in den anderen Debatten. Dies schließt auch die wissenschaftlichen Expert:innen ein. Zwar ist der Anteil substantiierender Botschaften bei allen Akteur:innengruppen höher und der deutender Aussagen in der Corona-Debatte geringer, dies ist aber als Ergebnis der größeren Bedeutung substantiierender Aussagen und der niedrigeren Bedeutung von Deutungen allgemein zu interpretieren. Das je charakteristische Profil der genannten Akteur:innengruppen ändert sich dadurch nicht.

Damit ist freilich nicht gesagt, dass sich keine feineren Unterschiede im Aussagenprofil einzelner Akteur:innengruppen verglichen mit ihrem Profil in anderen Themen zeigen. Insbesondere Unterschiede im Aussagenprofil der wissenschaftlichen Expert:innen wollen wir deshalb detaillierter untersuchen. In Abbildung 8 ausgewiesen und zu einem Muster angeordnet sind die standardisierten Residuen einer Kreuztabelle, das heißt ausgewiesen wird die Differenz zwischen der angesichts der Verteilung zu erwartenden Zahl von Aussagen eines bestimmten Typs und der tatsächlichen Zahl. Wir wollen untersuchen, ob sich Unterschiede zwischen den einzelnen Themen im Aussagenprofil speziell der wissenschaftsnahen Akteur:innen aus wissenschaftlicher Administration und Academia zeigen.

Abbildung 8. Aussagenprofil der Akteur:innengruppen in der Covid-19-Berichterstattung im Vergleich zu Infektionsthemen und Umweltthemen



Anmerkungen. N = 9.670 Aussagen; ausgewiesen sind die standardisierten Residuen.

Wie zu erkennen, prägt sich das aus dem dezisionistischen Modell abgeleitete Aussagenmuster der Wissenschaftler:innen prinzipiell auch in der Corona-Debatte aus. Wissenschaftsnahen Akteur:innen äußern sich häufiger substantiierend und deutend als statistisch zu erwarten. Sie treten aber anders als in den Vergleichsde-

batten nicht seltener mit politischen Forderungen in Erscheinung. Das heißt, dass sich die wissenschaftsnahen Akteur:innen in der Corona-Debatte moderat politischer geäußert haben als in den Vergleichsdebatten. Zu betonen bleibt aber, dass ihr Aussagenprofil auch in der Corona-Debatte keineswegs darauf deutet, dass speziell diese Gruppe ihr Aussageverhalten substantiell verändert hätte. Auch in der Corona-Debatte haben sich wissenschaftsnahe Akteur:innen nicht verwandelt, um – Vertretern von Kollektivinteressen vergleichbar – mit politischen Forderungen Einfluss auf in die öffentliche Meinung zu gewinnen.

5. Fazit und Diskussion

Die Corona-Pandemie stellte sich bereits Ende Februar 2020 als eine akute Bedrohung dar, die einem betroffenen Gemeinwesen kollektiv wirksame Anpassungen abverlangt, um eine ansonsten zu befürchtende, dynamisch steigende Übersterblichkeit der Bevölkerung zu verhindern. Diese relativ einfache Kernbotschaft von Virolog:innen und Epidemiolog:innen hat eine in ihren Dimensionen bislang beispiellose öffentliche Debatte in zahllosen Foren ausgelöst. Im Zentrum unserer Analyse stand der durch den Print-Journalismus vermittelte Teil dieser Debatte im Jahr 2020, deren akteur:innen- und aussagenbezogene Strukturmerkmale wir vergleichend analysiert haben. Ziel war es, etwaige Besonderheiten des medialen Corona-Diskurses im Vergleich zu anderen öffentlichen Risikodebatten herauszuarbeiten.

Als Spezifika des Corona-Diskurses können aus unserer Sicht folgende Merkmale gelten:

- 1) Die Corona-Artikel weisen im Durchschnitt eine relativ hohe Zahl von Referenzierungen auf unterschiedliche Akteur:innen pro Artikel auf, insbesondere eine etwas stärkere Konzentration aller Referenzierungen auf einen kleinen Teil der Artikel mit besonders vielen Zitierungen.
- 2) Die medial-öffentliche Corona-Debatte präsentierte sich im Jahr 2020 als relativ stark vermachteter Diskurs, in dem insbesondere Akteur:innen der politischen Exekutive sowie Partialinteressenvertreter:innen (etwa aus der Wirtschaft oder der Kulturszene) stark präsent waren (letztere stellen sogar häufig die einzige Referenz innerhalb eines Artikels dar). Vertreter:innen von Kollektivgüterinteressen spielten hingegen so gut wie überhaupt keine Rolle. Dies werten wir als ein Indiz dafür, dass die Corona-Debatte mindestens im Jahr 2020 vor allem eine Aushandlungsdebatte zwischen Exekutive und Partialinteressen war, die sich um die konkrete Ausgestaltung der Regeln wirksamer Kontaktvermeidung drehte, über deren Notwendigkeit aber Einigkeit herrschte.
- 3) Wissenschaftliche Akteur:innen kommen insbesondere in Artikeln, die viele Referenzierungen auf unterschiedliche Akteur:innen beinhalten, häufiger zu Wort als sie es bei den Vergleichsthemen tun. Verhältnismäßig stark gekoppelt ist das Vorkommen wissenschaftlicher Akteur:innen innerhalb einzelner Beiträge mit Akteur:innen aus der Politik (sowie der wissenschaftlichen Administration). Dies deutet darauf, dass die politische Exekutive in der Corona-Krise besonders stark auf wissenschaftliche Expertise angewiesen war beziehungsweise dass Entscheidungen oder Pläne der Exekutive unter besonders großem wissenschaftlichem Legitimationsdruck standen.

- 4) Substantiierende Aussagen dominieren in der Covid-19-Berichterstattung deutlich⁷. Darüber hinaus spielen handlungsbezogene Aussagen in der Corona-Debatte eine insbesondere im Vergleich zu Diskursen über andere Infektionskrankheiten moderat größere Rolle, was sich insbesondere in einer größeren Zahl politischer Forderungen im Corona-Diskurs äußert (auch von Seiten der wissenschaftlichen Akteur:innen). Umgekehrt verhält es sich bei den risikobezogenen Deutungen – diese sind im Corona-Diskurs vergleichsweise unterrepräsentiert, was darauf hindeutet, dass das Gefahrenpotenzial dieser Risikoquelle anders als in den Vergleichsdebatten kein herausgehobener Bezugspunkt von Debatten war.
- 5) Das aus dem dezisionistischen Modell abgeleitete Aussagenmuster der Wissenschaftler:innen scheint in der medial-öffentlichen Corona-Debatte schwächer ausgeprägt zu sein, als bei den Vergleichsthemen. Wissenschaftliche Expert:innen äußerten in der Corona-Debatte moderat häufiger politische Handlungsempfehlungen als in den Vergleichsdebatten.

Bezüglich der Entwicklung der Akteur:innenstruktur liegen uns keine Vergleichsdaten aus den übrigen Gesundheitsdebatten vor. Bemerkenswert erscheint uns jedoch die relativ abrupte, starke Entkopplung von Referenzierungen auf die wissenschaftlichen Expert:innen und die politische Exekutive im Oktober 2020, also in einer Phase, in der sich eine neue, weit größere Welle aufbaute als im März. Ein Ansatzpunkt einer Erklärung sind Hinweise auf eine Distanzierung insbesondere der Wissenschaftler:innen, die sich im Untersuchungsmaterial selbst finden. Diese Distanzierung wurde genährt durch die Unzufriedenheit einzelner Wissenschaftler:innen mit den politischen Entscheidungen, die dem:der einen als inkonsequent, dem:der anderen als unzureichend erschienen. Der ehemalige Direktor des Cochrane Centers in Freiburg, Gerd Antes, kritisierte etwa, dass die Beschlüsse nicht in Deckung zu bringen seien mit der verfügbaren Evidenz. Unterstellt man, dass sich in diesen Wortmeldungen eine verbreitete Unzufriedenheit vieler Wissenschaftler:innen widerspiegelt, könnte man den ziemlich plötzlichen Rückgang des Kopplungsgrades in den Referenzierungen von Artikel damit erklären, dass es aufgrund dieser Unzufriedenheit seltener als zuvor gemeinsame Auftritte beider Akteur:innengruppen etwa in Pressekonferenzen gab, so dass auf beide Akteur:innengruppen auch seltener gemeinsam in Artikeln Bezug genommen wurde.

Während unsere Analyse zwar das gemeinsame Vorkommen verschiedener Akteur:innengruppen innerhalb von Artikeln beschreiben kann, können wir anhand unserer Daten nicht erkennen, ob diese Akteur:innengruppen in ihren Aussagen auch inhaltlich aufeinander Bezug nehmen. Eine solche Analyse erschiene

7 Die erhobene Dominanz von Substantiierungen in der Corona-Debatte dürfte ihre tatsächliche Bedeutung zudem noch weit stärker als bei den Vergleichsthemen unterschätzen lassen. Denn Aussagen in Artikeln wurden von uns nur dann erhoben, wenn sie auch einer:m Sprecher:in zugeordnet werden konnten. In der Corona-Debatte jedoch, die wie wohl wie noch kaum eine vor ihr voll mit quantifizierenden Substantiierungen war (Anzahl der Infizierten, Todesopfer usw.), die so omnipräsent waren, dass sie vielfach durch Journalist:innen zitiert wurden, ohne überhaupt auf die in Deutschland wichtigste Quelle dieser Quantifizierungen – das Robert-Koch-Institut – Bezug zu nehmen.

interessant um etwa zu sehen, ob und wie häufig politische Akteur:innen ihre handlungsbezogenen Aussagen mit wissenschaftlicher Evidenz rechtfertigen.

Als weitere Limitation unserer Studie ist zu nennen, dass wir – obwohl wir im Corona-Sample deutlich mehr Artikel analysiert haben, als bei den sechs Vergleichsthemen – nur einen sehr kleinen Teil des tatsächlichen Berichterstattungs-umfangs (ca. drei bis vier Prozent) in vier Medientiteln analysiert haben. Bezogen sowohl auf das Ausmaß der Berichterstattung als auch ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen (etwa hinsichtlich der Betroffenenzahlen, der Sterberate sowie des Grades der Einschränkungen des alltäglichen Lebens) übertraf die Coronapandemie ohne Frage alle anderen von uns ausgewählten Risikophänomene. Dennoch kann sie, wie alle übrigen sechs Themen, als Modernisierungsrisiko gedeutet werden und zwar in diesem Fall in Form einer „emergent infectious disease“ – von denen ausgehend bereits seit Anfang der 1990er Jahre medizinische Fachcommunities katastrophale gesellschaftliche Auswirkungen befürchten.

Zu guter Letzt möchten wir darauf hinweisen, dass unsere Forschungsfragen primär auf eine Beschreibung der (Akteur:innen- und Aussagen-)Struktur innerhalb des medial-öffentlichen Diskurses abzielten. Unter Berücksichtigung journalismustheoretischer Überlegungen lassen sich jedoch vorsichtige Rückschlüsse auf die journalistischen Entstehungsbedingungen der von uns analysierten Öffentlichkeit ziehen. Die Analyse des medial-öffentlichen Coronadiskurses zeigt, dass der Hauptteil aller Referenzierungen auf Akteur:innen der politischen Exekutive sowie der Partikularinteressen entfiel. Dies wurde besonders deutlich in den Phasen, in denen die meisten Corona-Artikel erschienen sind, sozusagen als die Relevanz oder Brisanz des Themas von den Journalist:innen als besonders hoch eingeschätzt wurde. Mit Blick auf die Inklusionsleistung des Journalismus lässt sich – in Übereinstimmung mit Hermida (2011) – schlussfolgern, dass mächtige und gut organisierte Akteur:innen, die aktiv strategische Interessen vertreten, einen besseren Zugang zur medial-öffentlichen Arena finden, als periphere Akteur:innen (insbesondere in Phasen extensiver Berichterstattung und gesellschaftlicher Brisanz). Aus dem Blickwinkel der Systemtheorie, die Journalismus als Leistungssystem der Öffentlichkeit begreift, dessen zentrale Leistung darin besteht, Aufmerksamkeit für Themen zu generieren, die Mehrsystemrelevanz besitzen (also mehrere soziale Systeme tangieren) (Kohring, 2016), kann geschlussfolgert werden, dass somit Akteur:innen bestimmter gesellschaftlicher (Teil-)Systeme (etwa dem politischen System) und ihrer spezifischen Themen(-sicht) durch die journalistische Quellen-selektion mehr Aufmerksamkeit gewidmet und Relevanz zugesprochen wurde, als anderen (etwa dem Wissenschaftssystem). Aus der Perspektive journalismustheoretischer Ansätze, die speziell Verzerrungen oder das Framing der Medienberichterstattung in den Blick nehmen, könnte man argumentieren, dass aus einer solchen Akteur:innenauswahl ein gewisser Berichterstattungs-bias beziehungsweise zumindest ein gewisses Framing entsteht, das Meinungen und Positionen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen häufiger publik macht, als die anderer. Besonders deutlich kann sich ein solcher Bias beziehungsweise ein solches Framing natürlich in Beiträgen zeigen, die nur auf eine einzige Quelle Bezug nehmen. Diese machen in der Corona-Berichterstattung immerhin 43 Prozent aus. Hier dominieren Vertreter:innen von Partialinteressen (beispielsweise aus der Wirtschaft) als

einzigste Quelle. Ihren Meinungen wird hier also ein besonderes Gewicht verliehen – wissenschaftliche oder politische Gegenargumente werden in Ein-Quellen-Geschichten hingegen nicht präsentiert. Ein-Quellen-Geschichten erscheinen insofern im Sinne eines naiven Standards journalistischer Objektivität (Nelkin, 1987) in gewisser Hinsicht ‚unausgewogen‘. Auch in Mehr-Quellen-Geschichten werden Wortmeldungen von Wissenschaftler:innen deutlich seltener als bei den Umweltdebatten mit Referenzen auf Vertreter:innen der Partialinteressen kombiniert, so dass die Argumente der Partialinteressenvertreter:innen häufig nicht durch Standpunkte von Akteur:innen anderer gesellschaftlicher Systeme kontrastiert werden. Allerdings zeigte sich eine relativ enge Kopplung zwischen Akteur:innen aus der Wissenschaft/Medizin und der Politik. Politische Aussagen wurden also mit Aussagen wissenschaftlicher/medizinischer Akteur:innen belegt oder kontrastiert (über die genauen Inhalte können wir im Rahmen der vorliegenden Analyse keine Aussagen machen).

Einen weiteren Anknüpfungspunkt zu Journalismustheorien liefert der Befund, dass wissenschaftliche Expert:innen in der Corona-Debatte moderat häufiger politische Handlungsempfehlungen äußerten als in den Vergleichsdebatten. Dies könnte auf eine instrumentelle Aktualisierung oder auf einen Einsatz von Wissenschaftler:innen als ‚opportune Zeugen‘ hindeuten (Anter, 2021; Hagen, 1993), da sie beziehungsweise ihre Aussagen in diesen Fällen offenbar nicht nur ausgewählt wurden, um Sachwissen in den Diskurs einzubringen, sondern auch bestimmte politische Positionen. Entsprechen die Positionen der selektierten Akteur:innen denen der Journalist:innen beziehungsweise ihrer Redaktion, könnte man im Sinne Kepplingers et al. (1991) von instrumenteller Aktualisierung sprechen. Um diese Vermutung einer empirischen Prüfung zu unterziehen, bedürfte es jedoch einer zusätzlichen, spezifischeren Codierung der Aussageninhalte. Zukünftige Arbeiten könnten in Anlehnung an Modelle und Ansätze zur Quellenwahl und Nachrichtenproduktion im Journalismus solche inhaltlichen Aussagenmerkmale analysieren und beispielsweise prüfen, ob bestimmte Akteur:innen beziehungsweise deren Argumente bevorzugt veröffentlicht werden, wenn sie der redaktionellen Linie einer Zeitung entsprechen. Auch könnte geprüft werden, ob sich die Akteur:innen- und/oder Aussagenauswahl je nach Ressort unterscheidet. Dies implizieren beispielsweise Studien zur medialen Präsenz wissenschaftlicher Expert:innen (Anter, 2021; Lehmkuhl & Leidecker-Sandmann, 2019).

Um abschließend noch einmal Bezug zu nehmen auf die im Titel unseres Beitrags aufgeworfene Frage „Politisierung oder Aufklärung?“,: Wissenschaftliche Akteur:innen äußerten sich im medial-öffentlichen Corona-Diskurs überwiegend in der Rolle sachlicher Aufklärer:innen, was der hohe Anteil substantiierender Aussagen zeigt. Jedoch ließen sie sich etwas häufiger als in vergleichbaren Debatten auch mit politisierten Äußerungen zitieren.

Insgesamt zeigt unsere Analyse zwar, dass die peripheren Akteur:innen an den von uns analysierten medial-öffentlichen Gesundheitsdiskursen beteiligt werden. Allerdings stellt sich der mediale Corona-Diskurs als verhältnismäßig stark vermachtete Debatte dar (im Vergleich zu den übrigen Themen), die von Vertreter:innen der politischen Exekutive sowie von Partialinteressenvertreter:innen dominiert wird. Wir vermuten, dass dies mit der Brisanz und der gesellschaftlichen

Relevanz des Themas zu tun hat – ist diese besonders hoch und müssen darüber hinaus konsensuale, gesellschaftliche Schutzmaßnahmen initiiert werden, um die Pandemie einzudämmen, so drängen politisch exekutive und andere strategisch agierende Akteur:innen in die Öffentlichkeit und verdrängen damit ein Stück weit andere (periphere) Akteur:innen aus dem Diskurs. Aus Habermas'scher Sicht wäre es aber gerade bei solch heiklen Themen mit besonderer gesellschaftlicher Relevanz nötig, dass die peripheren Akteur:innen nicht aus dem öffentlichen Diskurs gedrängt werden. Darauf können Journalist:innen bei ihrer Quellenwahl achten. Wissenschaftliche Akteur:innen wiederum, die (als Quellen) in den medial-öffentlichen Diskurs eingebunden werden, sollten gemäß des Weberschen Prinzips der Werturteilsfreiheit der Wissenschaft darauf achten, sich auch bei gesellschaftlich hoch relevanten Themen auf ihre Rolle des:der sachlichen Aufklärers:Aufklärerin zu besinnen um nicht in die Versuchung zu geraten, mit politischen oder gesellschaftlichen Handlungsempfehlungen oder gar Forderungen aufzuwarten (auch, wenn diese mitunter von ihnen eingefordert werden).

Danksagungen

Wir danken Sarah Kohler, Patrizia Attar und Annika Schütz für ihre Unterstützung bei der Erstellung des Untersuchungssamples und bei der Erhebung der Daten zur Coronaberichterstattung. Darüber hinaus danken wir Nikolai Promies und dem Science Media Center Germany, insbesondere Volker Stollorz, für ihr wertvolles Feedback zum Manuskript.

Förderung

Diese Arbeit wurde durch das Rahmenprogramm „Corona Crisis and Beyond – Perspectives for Science, Scholarship and Society“ der VW-Stiftung (Fördernummer: 94839) gefördert.

Literaturverzeichnis

- Albæk, E. (2011). The interaction between experts and journalists in news journalism. *Journalism*, 12(3), 335–348. <https://doi.org/10.1177/1464884910392851>
- Albæk, E., Christiansen, P. M., & Togeby, L. (2003). Experts in the mass media: Researchers as sources in Danish daily newspapers, 1961–2001. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 80(4), 937–948. <https://doi.org/10.1177/107769900308000412>
- Albrecht, S. (2010). *Reflexionsspiele: Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet* [Reflective Games: Deliberative democracy and the reality of political discourses on the internet] (1. Aufl.). *Sozialtheorie*. transcript. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=6695179>
- Anter, L. (2021). Mein Text, meine Meinung, meine Wissenschaftlerin? Eine qualitative Untersuchung zur Nutzung von Wissenschaftler*innen als opportune Zeugen [My Text, my opinion, my scientist? A qualitative study on the use of scientists as opportune witnesses]. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 69(3), 397–415. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2021-3-397>

- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. [Risk society: On the way to another modernity]. Suhrkamp.
- Blöbaum, B. (2017). Wissenschaftsjournalismus [Science journalism]. In H. Bonfadelli, B. Fährlich, C. Lüthje, J. Milde, M. Rhomberg, & M. S. Schäfer (Hrsg.), *Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation* [Research area science communication] (S. 221–238). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-12898-2_12
- Blöbaum, B., Görke, A., & Wied, K. (2004). *Quellen der Wissenschaftsberichterstattung: Inhaltsanalyse und Befragung* [Sources of science reporting: Content analysis and survey]. Universität Münster. https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/fakultaeten/split_lehrstuehle/kommunikationswissenschaften_1/Dateien/Downloads/Veroeff/Kristina_Wied/Studie_Quellen_des_Wijo_2004.pdf
- Bucher, H.-J. (2017). Massenmedien als Handlungsfeld I: Printmedien [Mass media as field of action I: Printed media]. In K. S. Roth, M. Wengeler, & A. Ziem (Hrsg.), *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft* (S. 298–333). De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110296310-014>
- Catalan-Matamoros, D. & Elías, C. (2020). Vaccine hesitancy in the age of coronavirus and fake news: Analysis of journalistic sources in the Spanish quality press. *International journal of environmental research and public health*, 17(21). <https://doi.org/10.3390/ijerph17218136>
- Donsbach, W. (1987). Journalismusforschung in der Bundesrepublik: Offene Fragen trotz Forschungsboom [Journalism research in the Federal Republic: Open questions despite research boom]. In J. Wilke (Hrsg.), *Zwischenbilanz der Journalistenausbildung* (S. 105–142). Ölschlager.
- Easton, D. (1990). *The analysis of political structure*. Routledge.
- Eilders, C. (2011). Zivilgesellschaftliche Beteiligung im Medienbereich [Civil society participation in the media]. In H. J. Kleinstüber (Hrsg.), *Media Governance in Europa: Regulierung - Partizipation - Mitbestimmung* (S. 159–181). VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Eisenegger, M., Oehmer, F., Udris, L., & Vogler, D. (2020). *Die Qualität der Medienberichterstattung zur Corona-Pandemie* (Qualität der Medien 1/2020) [The quality of media coverage of the Corona pandemic]. Universität Zürich. https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:b87084ac-5b5b-4f76-aba7-2e6fe2703e81/200731_Studie%20Leitmedien%20Corona.pdf
- Engelmann, I. (2016). *Gatekeeping*. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845263533>
- Esser, F. (1998). *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen: Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich* [The forces behind the headlines: English and German journalism compared]. Alber.
- Evensen, D. T., & Clarke, C. E. (2012). Efficacy information in media coverage of infectious disease risks. *Science Communication*, 34(3), 392–418. <https://doi.org/10.1177/1075547011421020>
- Ferree, M. M., Gamson, W. A., Gerhards, J., & Rucht, D. (2002). Four models of the public sphere in modern democracies. *Theory and Society*, 31(3), 289–324.
- Gerhards, J. (2002). Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien [The public deficit of the EU in the horizon of normative public theories]. In H. Kaelble, M. Kirsch, & A. Schmidt-Gernig (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert* (S. 135–158). Campus.
- Gerhards, J., Neidhardt, F., & Rucht, D. (1998). *Zwischen Palaver und Diskurs: Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung* [Between palaver and discourse: Structures of public opinion formation using the example of the German discussion on abortion]. Westdeutscher Verlag.
- Habermas, J. (1969). *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“* [Technology and science as “ideology”]. Suhrkamp.

- Habermas, J. (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* [The structural transformation of the public sphere: An inquiry into a category of bourgeois society]. Suhrkamp.
- Habermas, J. (1992). *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats* [Between facts and norms: Contributions to a discourse theory of law and democracy] (2. Aufl.). Suhrkamp.
- Hagen, L. M. (1993). Opportune witnesses: An analysis of balance in the selection of sources and arguments in the leading German newspapers' coverage of the census issue. *European Journal of Communication*, 8(3), 317–343.
<https://doi.org/10.1177/0267323193008003004>
- Haring, S. (2010). Herrschaft der Experten oder Herrschaft des Sachzwangs? Technokratie als politikwissenschaftliches »ProblemEnsemble« [Rule of the experts or rule of constraint? Technocracy as a political science "problem ensemble"]. *Zeitschrift Für Politik*, 57(3), 243–264.
- Hayman, D. (2020). *IPBES Workshop on Biodiversity and Pandemics: Workshop Report*.
https://ipbes.net/sites/default/files/2020-10/20201028%20IPBES%20Pandemics%20Workshop%20Report%20Plain%20Text%20Final_0.pdf
- Hermida, A. (2011). Fluid spaces, fluid journalism: The role of the "active recipient" in participatory journalism. In J. B. Singer, D. Domingo, A. Heinonen, A. Hermida, S. Paulussen, T. Quandt, Z. Reich, & M. Vujnovic (Hrsg.), *Participatory journalism: Guarding open gates at online newspapers* (S. 177–191). Wiley-Blackwell.
- Huber, B. (2014). Öffentliche Experten: Über die Medienpräsenz von Fachleuten [Public experts: About the media presence of experts]. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Kepplinger, H. M., Brosius, H.-B., & Staab, J. F. (1991). Instrumental actualization: A theory of mediated conflicts. *European Journal of Communication*, 6(3), 263–290.
<https://doi.org/10.1177/0267323191006003002>
- Kevenhörster, P. (2021). Politikberatung [Political consulting]. In U. Andersen, J. Bogumil, S. Marschall, & W. Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 720–727). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23666-3_108
- Kohring, M. (2016). Journalismus als Leistungssystem der Öffentlichkeit [Journalism as a performance system of the public]. In M. Löffelholz & L. Rothenberger (Hrsg.), *Handbuch Journalismustheorien* (S. 165–176). Springer VS.
- Kolb, S. (2005). *Mediale Thematisierung in Zyklen: Theoretischer Entwurf und empirische Anwendung* [Medial thematization in cycles: Theoretical outline and empirical application]. Herbert von Halem.
- Kropp, S. (2020). *Corona-Krise: Wie wichtig ist Expertenwissen in der Politik?* [Corona crisis: How important is expert knowledge in politics?]. <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/310712/expertenwissen>
- Lehmkuhl, M. (2021). Covid-19 und der Journalismus: Problemzonen im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit [COVID-19 and journalism: Problem areas in the relationship between science and the public]. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Corona: Pandemie und Krise* (S. 266–276). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Lehmkuhl, M., & Leidecker-Sandmann, M. (2019). „Visible scientists revisited“: Zum Zusammenhang von wissenschaftlicher Reputation und der Präsenz wissenschaftlicher Experten in der Medienberichterstattung über Infektionskrankheiten [“Visible scientists revisited”: On the relationship between scientific reputation and the public presence of scientific experts in mass media coverage of infectious diseases]. *Publizistik*, 64, 479–502. <https://doi.org/10.1007/s11616-019-00530-1>

- Leidecker-Sandmann, M., Attar, P., Schütz, A., & Lehmkuhl, M. (2022). Selected by expertise? Scientific experts in German news coverage of COVID-19 compared to other pandemics. *Public Understanding of Science*, 31(7), 847–866. <https://doi.org/10.1177/09636625221095740>
- Lewandowsky, S., Cook, J., Schmid, P., Holford, D. L., Finn, A., Leask, J., Thomson, A., Lombardi, D., Al-Rawi, A. K., Amazeen, M. A., Anderson, E. C., Armaos, K. D., Betsch, C., Bruns, H. H. B., Ecker, U. K. H., Sah, S., Sinatra, G. M., Tapper, K., & Vraga, E. K. (2021). *The COVID-19 Vaccine Communication Handbook: A practical guide for improving vaccine communication and fighting misinformation*. <https://sks.to/c19vax>
- Maelzer, D. (2014). *Politik gut beraten? Lernprozesse in deutschen Gesundheitsreformen* [Politics well advised? Learning processes in German health care reforms]. Nomos.
- Maier, M., Stengel, K., & Marschall, J. (2010). *Nachrichtenwerttheorie* [News value theory] Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845260365>
- Matthes, J. (2014). *Framing*. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845260259>
- Maurer, M., Reinemann, C., & Kruschinski, S. (2021). *Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie* [One-sided, uncritical, pro-government? An empirical study on the quality of journalistic coverage of the corona pandemic]. <https://rudolf-augstein-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/11/Studie-einseitig-unkritisch-regierungsnah-reinemann-rudolf-augstein-stiftung.pdf>
- Neidhardt, F. (1994). Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen [Public, public opinion, social movements]. In F. Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen: Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (S. 7–41). Westdeutscher Verlag.
- Nelkin, D. (1987). Risk and the press. *Industrial Crisis Quarterly*, 1(2), 3–9. <https://doi.org/10.1177/108602668700100202>
- Nölleke, D. (2013). *Experten im Journalismus: Systemtheoretischer Entwurf und empirische Bestandsaufnahme* [Experts in Journalism: System-theoretical outline and empirical survey]. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845245317>
- Peters, B., Schultz, T., & Wimmel, A. (2004). *Publizistische Beiträge zu einer diskursiven Öffentlichkeit: Eine themenübergreifende Inhaltsanalyse deutscher Zeitungen und Zeitschriften* [Journalistic contributions to a discursive public sphere: A cross-thematic analysis of German newspapers and magazines]. (InIIS-Arbeitspapiere Nr. 30). Universität Bremen. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/67356/ssoar-2004-peters_et_al-Publizistische_Beitrage_zu_einer_diskursiven.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2004-peters_et_al-Publizistische_Beitrage_zu_einer_diskursiven.pdf
- Peters, H. P. (1994). Wissenschaftliche Experten in der öffentlichen Kommunikation über Technik, Umwelt und Risiken [Scientific experts in public communication about technology, environment and risks]. In F. Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen: Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (S. 162–190). Westdeutscher Verlag.
- Peters, H. P., Brossard, D., Cheveigné, S. de, Dunwoody, S., Kallfass, M., Miller, S., & Tsuchida, S. (2008). Science communication: Interactions with the mass media. *Science*, 321(5886), 204–205. <https://doi.org/10.1126/science.1157780>
- Post, S. (2015). Scientific objectivity in journalism? How journalists and academics define objectivity, assess its attainability, and rate its desirability. *Journalism: Theory, Practice & Criticism*, 16(6), 730–749. <https://doi.org/10.1177/1464884914541067>

- Quandt, T., Boberg, S., Schatto-Eckrodt, T., & Frischlich, L. (2020). Pandemic news: Facebook pages of mainstream news media and the coronavirus crisis – a computational content analysis. <http://arxiv.org/pdf/2005.13290v2>
- Radkau, J. (2011). *Die Ära der Ökologie: Eine Weltgeschichte* [The era of ecology: A world history]. C.H.Beck. <https://doi.org/10.17104/9783406619021>
- Reese, S. D. (2001). Understanding the global journalist: A hierarchy-of-influences approach. *Journalism Studies*, 2, 173–187. <https://doi.org/10.1080/14616700118394>
- Schäfer, M. S. (2007). *Wissenschaft in den Medien: Die Medialisierung naturwissenschaftlicher Themen* [Science in the media: The medialization of scientific topics]. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schelsky, H. (1961). *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation* [Man in scientific civilization]. Westdeutscher Verlag.
- Scheufele, B., & Engelmann, I. (2013). Die publizistische Vermittlung von Werthehorizonten der Parteien: Normatives Modell und empirische Befunde zum Value-Framing und News Bias der Qualitäts- und Boulevardpresse bei vier Bundestagswahlen [The journalistic communication of parties' value horizons: Normative model and empirical findings on value framing and news bias of the quality and tabloid press in four German parliament elections]. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 61(4), 532–550. <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2013-4-532>
- Soley, L. C. (1994). Pundits in print: "Experts" and their use in newspaper stories. *Newspaper Research Journal*, 15(2), 65–75. <https://doi.org/10.1177/07395329940150020>
- Stark, B., Magin, M., Jandura, O., & Maurer, M. (2012). Zur Einführung: Methodische Probleme komparativer Kommunikationsforschung und mögliche Lösungsansätze [Introduction: Methodological problems of comparative communication research and possible solutions]. In B. Stark, M. Magin, O. Jandura, & M. Maurer (Hrsg.), *Methodische Herausforderungen komparativer Forschungsansätze* (S. 9–17). Herbert von Halem.
- Tejedor, S., Cervi, L., Tusa, F., Portales, M., & Zabolina, M. (2020). Information on the COVID-19 pandemic in daily newspapers' front pages: Case study of Spain and Italy. *International journal of environmental research and public health*, 17(17). <https://doi.org/10.3390/ijerph17176330>
- Volpers, A.-M., & Summ, A. (2015). Der Wandel des einst verspäteten Ressorts – Konstanten und Veränderungen der Wissenschaftsberichterstattung in deutschen Printmedien [The transformation of the once belated department: Constants and changes in science reporting in German print media]. In M. S. Schäfer (Hrsg.), *Wissenschaftskommunikation im Wandel* (pp. 233–257). Herbert von Halem.
- Walli, T. (2021, 12. März). *Politik und Wissenschaft: Eine schwierige Beziehung* [Politics and science: A difficult relationship]. Der Standard. <https://www.derstandard.de/story/2000124970898/politik-und-wissenschaft-eine-schwierige-beziehung>
- Washer, P. (2010). *Emerging infectious diseases and society*. Palgrave Macmillan UK. <https://doi.org/10.1057/9780230277182>
- Weber, M. (1922). *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* [Collected essays on the theory of science]. Mohr.
- Weingart, P. (2006). ‚Demokratisierung‘ der wissenschaftlichen Politikberatung: Eine Antwort auf die Legitimationsdilemmata von Wissenschaft und Politik? [‘Democratization’ of scientific policy advice: A response to the legitimacy dilemmas of science and politics?]. In Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), *Politikberatung in Deutschland* (S. 73–84). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weingart, P. (2019). Wissensgesellschaft und wissenschaftliche Politikberatung [Knowledge society and science policy advice]. In S. Falk, M. Glaab, A. Römmele, H. Schober, & M.

- Thunert (Hrsg.), *Handbuch Politikberatung* (S. 1–12). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-07461-6_2-1
- Weisband, M. (2021, 9. Juni). Problem „False Balance“. *Journalisten sollen einordnen* [False balance problem: Journalists should classify]. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/problem-false-balance-journalisten-sollen-einordnen-100.html>
- Weischenberg, S. (1992). *Journalistik: Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation. Band 1: Mediensysteme, Medienethik, Medieninstitutionen* [Journalism: Theory and practice of contemporary media communication. Volume 1: Media systems, media ethics, media institutions]. Westdeutscher Verlag.
- Welker, M. (2016). Journalismus als Inklusions- und Partizipationsleistung [Journalism as an inclusive and participatory service]. In M. Löffelholz & L. Rothenberger (Hrsg.), *Handbuch Journalismustheorien* (S. 385–402). Springer VS.
- Wissenschaft im Dialog (WiD). (Hrsg.). (2020). *Wissenschaftsbarometer Corona Spezial* [Science barometer corona special]. <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-corona-spezial/>
- Wissenschaft im Dialog (WiD), Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), & Nationales Institut für Wissenschaftskommunikation (NaWiK). (Hrsg.). (2021). *Wissenschaftskommunikation in Deutschland. Ergebnisse einer Befragung unter Wissenschaftler:innen* [Science communication in Germany: Results of a survey among scientists]. https://www.nawik.de/wp-content/uploads/2021/07/2021_WisskommBefragung_Ergebnisbroschuere_WiD_DZHW_NaWik.pdf

Anhang

1 Suchstrings

1.1 *Covid-19*

Corona*, Covid*, Corvid*, nCov*, n-Cov*, SARS*, Wuhan und Lunge*,
Wuhan und Krankheit, China und Krankheit, China und Lunge*

1.2 *Schweinegrippe*

schweinegrippe oder (pandemie AND grippe)

1.3 *Ebola*

Ebola*

1.4 *Antibiotikaresistenz*

antibio* AND resist*

1.5 *Dioxin*

Dioxin*

1.6 *Stickoxide*

((stickoxid*) OR (stickstoffoxid*) OR (stickstoffmonoxid*) OR (stickstoffdi-
ox*) OR (NOx))

1.7 *Glyphosat*

glyphosat* oder herbicid*

2 Datenbanken zum Artikelabruf

- *viso presse* (Der Spiegel und Die Welt)
- *sz library* (SZ)
- *dpa-news.de* (dpa)

3 Stichprobenbildung

Zur Stichprobenbildung haben wir für jedes Thema geschichtete Zufallsstichproben aus der Grundgesamtheit der über den jeweiligen Suchstring ermittelten Artikel gezogen.

3.1 Covid-19

- Vorphase (1. Januar bis 11. März 2020; KW 11): 8 % der dpa-Artikel und 15 % der Artikel aus den übrigen Medien wurden einbezogen.
- Hochphase (12. März bis 15. April 2020; KW 16): 4 % der dpa-Artikel und 10 % der Artikel aus den übrigen Medien wurden einbezogen.
- Verstetigungsphase (16. April bis 14. Juni 2020): 2 % der dpa-Artikel und 5 % der Artikel aus den übrigen Medien wurden einbezogen.
- Zweite Jahreshälfte 2020 (16. Juni bis 31. Dezember 2020): 2 % der dpa-Artikel und 11 % der Artikel aus den übrigen Medien wurden einbezogen.

3.2 Ebola und Schweinegrippe

- Jahre mit <10 Artikel/Jahr: alle Artikel wurden einbezogen.
- Jahre mit <50 Artikel/Jahr: 10 Artikel pro Jahr wurden einbezogen.
- Jahre mit >50 Artikel/Jahr: 15% der Artikel wurden einbezogen.

3.3 Antibiotikaresistenz

Alle Artikel jeden vierten Jahres seit 1993 (1993, 1997, 2001, 2005, 2009, 2013) wurden erfasst.

3.4 Stickoxide

- Berichterstattungs-Peak-Phase (Januar 2011 – September 2015): 160 Artikel pro Medium
- Phase nach dem Berichterstattungspeak (Oktober 2015 – Juni 2019): 160 Artikel pro Medium

3.5 Glyphosat

- Berichterstattungs-Peak-Phase (2. Quartal 2016 + 4. Quartal 2017 + 1. Quartal 2018): 160 Artikel pro Medium
- Phasen außerhalb der Berichterstattungspeaks (= übrige Zeiträume zwischen Januar 2015 – Dezember 2019): 160 Artikel pro Medium

3.6 Dioxin

- Berichterstattungs-Peak-Phase (Januar – Dezember 1999 + Januar – Dezember 2011): 160 Artikel pro Medium
- Phasen außerhalb der Berichterstattungspeaks (= übrige Zeiträume zwischen Januar 2000 – Dezember 2019): 160 Artikel pro Medium

4 Codierung

4.1 Datenerhebung

Die Daten wurden zum einen im Rahmen des Förderprogramms „Corona Crisis and Beyond – Perspectives for Science, Scholarship and Society“ der VW-Stiftung erhoben und zum anderen im Rahmen von Masterarbeiten am Karlsruher Institut für Technologie (zum Teil waren mehrere Studierende mit der Datenerhebung zu einem Thema betraut, etwa im Fall der Covid-19-Berichterstattung).

Das der Datenerhebung jeweils zugrunde liegende Codebuch war im Falle aller sieben Themen identisch, so dass die Variablen immer nach demselben Muster und denselben Vorgaben erhoben wurden.

4.2 Codierer:innenschulung

Insgesamt waren zwölf Codierer:innen an der Datenerhebung beteiligt. Sie erfuhren jeweils eine intensive, mehrwöchige Schulung durch die Projektleitung/ den Projektbetreuer. Hier wurde anhand von Beispielartikeln die Codierung der Variablen trainiert.

Bis zu drei Reliabilitätstests dienten der Sicherung der Datenqualität. Die ersten beiden bezogen sich jeweils auf ein Pretest-Sample von Artikeln, die nicht Teil des Analysekorpus waren (diese Samples wurden als Übungsmaterial für alle sieben Themen einheitlich verwendet). Der finale Reliabilitätstest bezog sich jeweils auf ein Sample von etwa 20-30 Artikeln und circa 25-50 darin enthaltenen Aussagen des Analysekorpus, die von allen Codierer:innen unabhängig voneinander kategorisiert wurden. Die im Aufsatz dokumentierten Ergebnisse der Reliabilitätstests beziehen sich jeweils auf den zuletzt genannten Korpus.

5 Auszüge aus dem Codebuch

5.1 Identifikation von Akteur:innen

Akteure sind Individuen oder Organisationen, die in einem Artikel direkt oder indirekt zu Wort kommen. Die Akteure und das, was sie sagen, bilden die Untersuchungseinheit dieses Analyseschrittes. Grundsätzlich wird jeder Akteur codiert, der direkt oder indirekt zitiert wird. Wenn zwei Akteure im Zusammenhang mit einer Aussage vorkommen, wird nur der erste Akteur erhoben (Bsp.: „Nach übereinstimmenden Einschätzungen von WHO und CDC, ist die Lage bedrohlich“).

Achten Sie darauf, dass relativ häufig synonyme Bezeichnungen für ein und dieselbe Quelle genannt werden. Etwa: „Wie aus dem Weißen Haus verlautete, hat die Gefahr der Resistenzen in den zurückliegenden zehn Jahren massiv zugenommen. Präsident Obama erklärte gestern, dies sei ‚besorgniserregend‘“. Oder: „Spanien und die EU beruhigten. Ministerpräsident Rajoy sagte, das spanische Gesundheitswesen sei eines der besten der Welt...“.

In solchen Fällen sind nicht zwei Akteure zu codieren, sondern als Quelle ist immer die genannte Person zu werten. Grundsätzlich gilt: Es darf nur ein Akteur pro Organisation codiert werden, es sei denn, es äußern sich zwei namentlich be-

zeichnete Vertreter ein und derselben Organisation, nur in solchen Fällen sind dann zwei (oder mehr) Akteure zu codieren, die derselben Organisation angehören (Bsp.: In einem Artikel wird zehn Mal die WHO als Quelle genannt und einmal ein namentlicher Vertreter der WHO. In so einem Fall wird nur der namentlich genannte Akteur codiert.).

Sollte ein Akteur mit mehreren Aussagen vorkommen, was relativ häufig vorkommt, gilt folgendes: Zu codieren ist die Botschaft eines Akteurs, gleichgültig, wie zerstreut diese Aussagen in einem Artikel vorkommen. Codiert wird grundsätzlich jeweils die Aussage, die als erstes in einem Artikel vorkommt, eine Ausnahme sind Substantiierungen, codiert wird die Substantiierung mit dem höchsten Präzisionsniveau, sollten mehrere Substantiierungen des gleichen Niveaus zitiert werden, ist die jeweils erstgenannte zu codieren.

Akteure, die nicht direkt oder indirekt zitiert werden, werden auch nicht codiert. Wenn es etwa heißt, Obama hätte Hilfstruppen geschickt oder Anan hätte jemanden ernannt, werden die Akteure nicht codiert. Akteure werden nur dann codiert, wenn ihre Erwähnung im Zusammenhang steht mit einer Wortmeldung dieser Akteure.

In einem zweiten Schritt wird erhoben, was diese Akteure gesagt haben, wobei wir uns speziell für drei Aussagentypen interessieren:

Erstens handlungsbezogene Äußerungen, es wird etwa gefordert, die UN oder ein anderer Akteur möge irgendwas machen. Zweitens substantiierenden Äußerungen, die sich auf die Dimensionierung einer Gefährdungslage beziehen lassen und drittens Bewertungen/Deutungen dieser Gefährdungslage. Genauere Spezifizierungen finden sich in den Codieranweisungen, die sich auf diese drei Aussagentypen beziehen.

5.2 Spezifizierung des Akteurs

Diese Variable beschreibt, wie spezifisch der Akteur beschrieben wird. Ein Akteur ist jede namentlich genannte Person, Personengruppe, Organisation/Institution sowie allgemein definierte kollektive Sprecher, die in einem Artikel zu Wort kommen. Wir unterscheiden zwischen drei Kategorien:

1 Individuell

Der Akteur wird als *individuell* codiert, wenn eine konkrete Person genannt wird. In diesem Fall sind auch die folgenden Informationen zu codieren: Name, professionelle Position (e.g. Hygieniker), akademischer Titel (e.g. Professor), professionelle Zugehörigkeit (e.g. Uniklinik Mainz, RKI).

Bsp.: „Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin und Familienmedizin, Michael Kochen, empfiehlt den deutschen Hausärzten, nicht zu impfen. „Das Schadensrisiko überwiegt den Nutzen“, sagt der Göttinger Professor.“ (Der Spiegel, 19.10.09)

2 Institutionell

Institutionell ist dann zu codieren, wenn nur eine Organisation oder Institution als Quelle zitiert wird (z.B. WHO, Charité, Uniklinik, Handelskammer, Die Grünen etc.), aber offen bleibt, wer eigentlich spricht bzw. sich äußert. Als alphanumerischer String muss der Name der Organisation eingetragen werden.

Bsp.: „Ein Beispiel für solche Keime sind die *Klebsiella pneumoniae*: Der Anteil ihrer Varianten, die gegen Antibiotika vom Typ Carbapeneme resistent sind, an allen Keimen dieser Gruppe stieg laut der Behörde ECDC von 2009 bis 2010 in vier EU-Ländern“ (taz, 18.11.11)

3 Generisch

Die Kategorie *generisch* meint Akteure, die als umfassend-definierte Allgemeinheiten dargestellt werden. Falls Sammelbegriffe wie „Experten“, „Wissenschaftler“, „Biologen“, „Politiker“ usw. unspezifiziert als Quellen von Aussagen genannt werden, ist generisch zu codieren.

Bsp.: „Die größte Furcht der Epidemiologen: Schweine- und Vogelgrippe könnten eine fast unbesiegbare Allianz bilden – die eine bringt ihre hohe Ansteckungskraft mit in das virale Bündnis ein, die andere die Tödlichkeit.“ (Der Spiegel, 04.05.09)

Anmerkung: Die drei Kategorien sind hierarchisch zu betrachten. D.h., wenn der gleiche Akteur namentlich genannt wird („Prof. Werner Schmidt“) und auch durch Organisation oder generisch beschrieben („Wissenschaftler der Uniklinik Mainz“, „Biologe“), ist er als *individueller* Akteur zu codieren. In der gleichen Art, wenn es in einem Artikel um „Forscher der Institution XY“ geht, muss man den Akteur als institutionell codieren, wenn die Institution/Organisation identifizierbar ist.

Bsp.1: „Gleichzeitig warnen Arzneiexperten vor möglichen Nebenwirkungen des Serums. Was derzeit laufe, sei ein Großversuch an der deutschen Bevölkerung, so der Arznei-Telegramm-Herausgeber Wolfgang Becker-Brüser. Für das Medikament würden neue Herstellungsverfahren und neue, den Wirkstoff verstärkende Zusatzstoffe eingesetzt.“ (03.08.2009)

In diesem Beispiel handelt es sich um eine substantiierende und bezogen auf ein Risiko deutende Aussage, die sich auf die Gefahren des Impfstoffes bezieht. In dieser Aussage werden erst Arzneiexperten angegeben und danach wird eine konkrete Person als einer dieser Arzneiexperten zitiert. Innerhalb einer Aussage (nach Akteur und Thema bestimmt), muss der Akteur mit höchstmöglicher Spezifizierungskategorie codiert werden. In diesem Beispiel ist Arznei-Telegramm-Herausgeber Wolfgang Becker-Brüser einer der Arzneiexperten und muss als *individueller* Akteur codiert werden.

Bsp.2: „Die Experten gehen nun nach umfangreichen Untersuchungen davon aus, dass das H1N1-Virus auch für die Infektion mit diesen Keimen ‚den Boden bereitet‘ habe: ‚Es hat sozusagen die Tür geöffnet für die Bakterien‘, sagte eine Sprecherin der Uniklinik Essen.“ (taz, 09.10.09)

In diesem Beispiel sind drei Akteure erkennbar: die Experten, eine Sprecherin und Uniklinik Essen. Nach der Logik der Spezifizierungshierarchie ist Uniklinik Essen der höchstspezifizierte Akteur und muss als Quelle der Aussage codiert werden.

5.3 Zugehörigkeit des Akteurs

Diese Variable beschreibt einen Bereich, welchem der Akteur (Sprecher der Aussage) zugeordnet werden kann.

100 Wissenschaft

Wissenschaftlicher Bereich kann individuellen, institutionellen sowie generischen Quellen zugewiesen werden. Die Kategorie Wissenschaft umgreift Forscher ohne politische, administrative oder soziale Funktionen.

„Wissenschaftler“, „Forscher“ oder „Biologe“ sind eindeutig wissenschaftliche Akteure. Akteure der DFG sind ebenso eindeutig wissenschaftlicher Akteure.

Auch Mitglieder der IPCC zählen zu den Wissenschaftlern.

Ein Definitionskriterium für wissenschaftliche Akteure ist, dass diese unabhängig/ objektiv arbeiten, also nicht im engeren Sinne interessengeleitet.

ACHTUNG I: Wenn bei einem Mediziner erkennbar wird, dass er in seiner Rolle als Wissenschaftler spricht (also forscht und nicht praktiziert), ist „100 = Wissenschaft“ zu codieren. Wenn es nicht klar erkennbar ist, dann wird „400 = Medizin“ codiert.

ACHTUNG II: Mitarbeiter von Universitätskliniken (ausgenommen Pflegepersonal, Verwaltungspersonal), wie Chef- oder Oberärzte, werden als wissenschaftliche Akteure mit der dazugehörigen wissenschaftlichen Disziplin „Medizin“ codiert.

ACHTUNG III: Auch Mitarbeiter privater Forschungsinstitute werden den wissenschaftlichen Akteuren zugerechnet – NICHT aber Mitarbeiter von wirtschaftlich orientierten Unternehmen, die auch Forschung betreiben (diese sind als Partialinteressenvertreter zu codieren).

200 Politik

Zum *Politischen Bereich* gehören explizit politische Akteure wie Regierungsinstitutionen, politische Administration (z. B. Ministerien) sowie politische Parteien. Wir unterscheiden zwischen:

210 Politische Exekutive

Umfasst Regierungsmitglieder (EU- Kommission, Bund, Land oder Kommune). Sollte ein Akteur mehrere Rollen haben (Größe war sowohl Gesundheitsminister als auch Parteipolitiker (CDU)) ist die Rolle zu codieren, in der er im jeweiligen Kontext spricht. Sollte das unklar sein, wird bei exekutiven Akteuren immer exekutiv codiert. Politisch exekutive Akteure sind auch die UN.

220 Politische Administration (Ministerien, Gesundheitsämter)

Achtung: Wenn der Akteur ein Minister eines Ministeriums ist, ist er als Regierungsvertreter mit 210 zu codieren. Ab dem Level Staatssekretär wird ein Akteur mit 220 codiert. Als politische Administration werden auch Akteure codiert, die etwa der FAO (UN-Body), der UNESCO und dergleichen angehören.

230 Politische Legislative

Mitglieder der Parlamente auf allen möglichen Ebenen, also EU, Bund, Länder, Kreise und Gemeinden

231 CDU

232 SPD

233 Grüne

234 FDP

235 AfD

236 Die Linke

237 Sonstige

300 Wissenschaftliche Administration

Beschreibt die etwas engere Klasse von wissenschaftlichen Institutionen, die auch administrative Funktionen ausführen. Dazu zählen die oben schon erwähnten Ressortforschungseinrichtungen, die einem Bundes- oder Landesministerium unterstellt sind, namentlich – um die Wichtigsten zu nennen – zum Beispiel das Robert Koch Institut, das Bundesamt für Risikobewertung, das Friedrich Löffler Institut, das Paul Ehrlich Institut oder das Bundesamt für gesundheitlichen Verbraucherschutz. Dazu gehören auch internationale Institutionen wie die WHO oder die ECDC oder das amerikanische CDC (Centers for Disease Control and Prevention) oder das NIH (National Institutes of Health).

400 Medizin

Bezieht sich auf medizinische Fachleute, nämlich Ärzte, nicht auf anderes Krankenhauspersonal allgemein. Wenn sich eine Klinik äußert, wird diese als Medizin codiert.

500 Interessensverbände

Wir unterscheiden zwischen Interessenverbänden (Interessenverbände 1), die Kollektivgüter vertreten, wie etwa Umweltschutz, Tierschutz, Frieden, von solchen Interessenverbänden (Interessenverbände 2), die die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen vertreten. Zu den Interessenverbänden 1 gehören etwa Greenpeace, Nabu, WWF, auch NGOs. Es wird hier nicht unterschieden, ob es sich um nationale oder internationale Akteure handelt.

510 Interesseverbände1

Dazu zählen Akteure bzw. Organisationen, die so genannte Kollektivgüterinteressen vertreten, also etwa Umweltschutz etc.

520 Interesseverbände2

Dazu zählen Gewerkschaften, Kirchen, Vertreter von Wirtschaftsunternehmen einschließlich der Pharmaunternehmen und dergleichen. Auch Patientenorganisationen sind Partialinteressenvertreter, nicht Kollektivgüterinteressenvertreter. Es wird nicht unterschieden, ob es sich um nationale oder internationale Akteure handelt.

ACHTUNG: Auch Mitarbeiter privater Unternehmen sind bei den Partialinteressenvertreter zu verorten.

600 *Sonstige*

Bei generischen Quellen muss die Zugehörigkeit von Akteuren dann codiert werden, wenn explizit angedeutet ist, welchem Bereich sie entstammen. Z. B. „Wissenschaftler“, „Forscher“ oder „Biologe“ sind eindeutig wissenschaftliche Akteure. „CDU Mitglieder“ oder „EU-Abgeordnete“ sind politische Akteure. „WHO Experten“ ist als wissenschaftliche Administration zu codieren und „Ärzte“ als Medizin. In solchen Fällen, wenn der Bereich des Akteurs nicht erkennbar ist (wenn z. B. einfach „Experten“ zitiert werden), sind diese Akteure als *Sonstige* zu codieren. Auch, wenn keiner der zuvor genannten Bereiche zutreffend erscheint, sondern andere im Habermas'schen Sinne periphere Gesellschaftsbereiche angesprochen werden, wird „600“ codiert. Beispiele sind etwa „Museen“ oder „Zoos“.

5.4 Aussagetyp

100 *Handlungsbezogene Aussagen*

Es handelt sich um Aussagen, die im weiteren Sinne einen Handlungsbezug aufweisen. Das können Forderungen nach politischen Eingriffen in das Forschungsfeld sein, das können aber auch Hinweise sein, die sich an Forschungsinstitutionen wie die DFG richten, etwa die, die Forschungsförderung zu intensivieren oder um einzelne Aspekte zu erweitern. Es kann aber auch die Aufforderung sein, sich die Hände zu waschen, sich impfen zu lassen und dergleichen. Schließlich sind auch Aussagen als handlungsbezogene Aussagen zu werten, die sich auf die Wahl einer bestimmten Forschungsstrategie beziehen. Handlungsbezogene Aussagen beantworten die Frage: Was soll/kann bzw. soll nicht/kann nicht getan werden um das Problem der Antibiotikaresistenz/H1N1/Ebola usw. anzusprechen?

Als handlungsbezogene Aussagen werden nur solche Aussagen codiert, die implizit oder explizit einen Adressaten haben, also die Frage beantworten, wer etwas tun soll. Handlungsbezogene Aussagen, die lediglich ganz allgemein darauf verweisen, man müsse die Entwicklung beobachten oder dergleichen, sind nicht als handlungsbezogene Aussagen zu codieren, weil sie keinen klar bestimmten Adressaten haben.

Wir unterscheiden zwischen drei Arten von handlungsbezogenen Aussagen:

110 *Politische Strategie*

Diese Aussagen beziehen sich auf politische Strategien und Initiativen, die das Ziel haben das Problem der Resistenz/H1N1/Ebola etc. auf politischer Ebene anzusprechen. Zu dieser Kategorie gehören z. B. eine EU-Initiative Antibiotika-Verschreibung zu überwachen oder ein internationales Frühwarnung- und Datenerfassungssystem für Ebola.

Bsp.: „Jetzt haben fünfzehn Vertreter wissenschaftlicher Organisationen der Human- und Veterinärmedizin aus Deutschland in einer Resolution die Bundesregierung aufgefordert, für ein europaweites Verbot aller Antibiotika als Futtermittelzusatz zu sorgen.“ (SZ, 19.09.96)

120 *Kollektive Wirksamkeit*

Aussagen in dieser Kategorie adressieren verschiedene Handlungsoptionen auf kollektiver oder gesellschaftlicher Ebene, die aber mit keinem konkreten politischen Programm verknüpft sind. Beispiele: „Die Ärzte müssen unnötige Antibiotika-Verschreibung vermeiden“, „Pharma-Industrie muss sich auf Entwicklung von neuen Antibiotika konzentrieren“.

Bsp.: „...wir brauchen dringend neue Antibiotika. In den vergangenen 30 Jahren sind nur zwei neue Klassen von Antibiotika entdeckt worden. Es ist eine große Herausforderung, in der pharmazeutischen Industrie die Pipeline für die Entwicklung neuer Antibiotika wieder zu aktivieren.“ (Die Welt, 06.02.12)

130 Persönliche Wirksamkeit

Diese Aussagen beziehen sich auf die Handlungen, die einzelne Personen vornehmen können, wie z. B. „Man muss das Fleisch vor dem Kochen gründlich waschen.“

Anmerkung: Manchmal kann es schwierig sein, zwischen kollektiver und persönlicher Wirksamkeit zu unterscheiden. Da muss man darauf achten, was/wer die Zielgruppe ist, die als Handlungsträger vorkommt. Z. B. kann ausgesagt werden, dass die einzelne Person sich regelmäßig die Hände waschen soll. In diesem Fall handelt es sich um eine Handlung mit persönlicher Wirksamkeit. Es kann aber auch im Text stehen, dass alle Ärzte und anderes Krankenhauspersonal sich regelmäßig Hände waschen sollen. In diesem Fall würde eine Handlung mit kollektiver Wirksamkeit klassifiziert.

Weiteres Beispiel: Eine handlungsbezogene Aussage mit persönlicher Wirksamkeit könnte eine Empfehlung enthalten für einzelne Personen eine Maske gegen Grippe zu tragen, wenn sie das Haus verlassen. Eine handlungsbezogene Aussage mit kollektiver Wirksamkeit würde etwa allen Verkäufern in großen Verkaufszentren dazu raten, Masken zu tragen. Wenn Hausärzten geraten wird, Patienten wegen Nebenwirkungen nicht zu impfen, geht es in diesem Fall um die kollektive Wirksamkeit. Zeitgleich, falls die Bundesregierung die rechtliche Grundlagen „für die Massenimpfung von bis zu 35 Millionen Bundesbürgern gegen die Schweinegrippe“ schafft, wird es als politisch strategische handlungsbezogene Aussage codiert.

200 Substantiierende Aussagen

Als substantiierende Aussage ist nur eine Aussage zu werten, die geeignet ist, die Gefährdung durch eine Gefahrenquelle substantiierend zu dimensionieren. Damit gemeint ist die Bezifferung von Infizierten, Erkrankten, Todesopfern sowie auch andere quantifizierte Informationen, die einen direkten Bezug aufweisen zur Dimensionierung der Gefährdung.

Einen direkten Bezug weisen Substantiierungen auf, die sich

- 1) auf mögliche oder tatsächlich Ursachen einer Gefährdungslage beziehen (immer mehr/ immer weniger Einsatz von Antibiotika in der Tiermast)
- 2) auf die Verbreitung/Ausbreitung der Gefährdung bezogen sind, XY Infizierte, potentiell Betroffene, Tote, Erkrankte usw.
- 3) auf die Verfügbarkeit von Gegenmitteln bezogen sind, also etwa Impfstoffe, Medikamente.

Andere Substantiierungen, besonders solche, die nicht primär mit der Gefahrenquelle verknüpft sind, als etwa Folgen für die Wirtschaft, das Sozialwesen usw. erheben wir nicht als Substantiierungen. Es kommt bei Substantiierungen nicht darauf an, dass konkrete Zahlen genannt werden, als substantiierend sind auch qualitative Einlassungen zu werten, etwa dass etwas immer größer werde, dass ein großer Anteil dieses oder jenes enthält usw. Allerdings transportiert jede Substantiierung im gemeinten Sinne eine Quantifizierung, sonst wird sie nicht als Substantiierung erhoben.

Bsp.: „Etwa 3000 Menschen sterben nach Berechnungen der Charité jedes Jahr in Deutschland an Krankenhauskeimen“

Bsp.: „Nur 5 % der Krankenhäuser haben nach Aussage von XY einen Hygieniker“

Bsp.: „Untersuchungsergebnisses des Bundesamtes für Risikobewertung zufolge war ein großer Anteil des Fleisches mit resistenten Keimen verseucht“

Wir unterscheiden zwischen drei Niveaus der Präzision substantiierender Aussagen:

210 Qualitative Daten

Qualitative Daten bewerten das Risiko auf nichtnumerische Weise, z. B. durch Phrasen wie „das Risiko steigt“, „die Keime werden immer gefährlicher“ usw.

220 Zähler-Daten

Zähler-Daten beschreiben das Risiko in absoluten Zahlen wie z. B. „beim Ausbruch haben sich 7 Personen mit resistenten Keimen angesteckt“, „in Deutschland gibt es 10 000 Infizierte pro Jahr“, „5 000 Krankenhäuser“.

230 Zähler-Nenner-Daten

Zähler-Nenner-Daten sind hoch präzise statistische Daten, die immer mit einem Nenner vorkommen: „2% der Bevölkerung“, „1 in 5 werden infiziert“.

300 Risikobezogene Aussagen

Wir wollen mit diesem Aussagetyp erheben, ob und wenn ja welche Bewertung einer Gefahrenquelle den Aussagen eines Akteurs explizit oder implizit eingeschrieben ist. Wir wollen also wissen, ob und wie der Gegenstand Antibiotikaresistenz/H1N1/Ebola usw. bezogen auf sein Gefährdungspotential aus Sicht des Akteurs zu beurteilen ist. Verbreitet etwa dürfte das Urteil sein, dass es sich um eine ernsthafte Bedrohung handelt. Denkbar sind aber auch Deutungen, die eines der Themen als harmlos charakterisieren.

Bsp.: „Die EU-Kommission erklärte, Antibiotika-Resistenzen seien „zu einem ernstzunehmenden Gesundheitsproblem“ geworden.“ (taz, 18.11.11)

Häufig sind Bewertungen einer Gefahrenquelle nicht so explizit wie im angeführten Beispiel. Implizit bleiben Bewertungen der Gefahrenquelle sehr häufig da, wo etwa risikobezogene Substantiierungen vorgebracht werden wie „die Zahl der MRSA-bedingten Todesfälle dürfte höher sein als 15 000, warnt XY!“. Die Deutung der Gefahrenquelle, die dieser Äußerung zum Beispiel eingeschrieben ist, ist klar allarmierend. Oder: „5000 Ebola-Opfer sind eigentlich nicht viel, an Malaria sterben viel mehr Menschen.“ Diese Substantiierungen sind gleichzeitig eine relativierende Deutung.

Wir unterscheiden zwei Tendenzen der risikobezogenen Deutungen:

310 nicht alarmierend

320 alarmierend

EXTENDED ABSTRACT

Politicization or clarification?

**An analysis of the structure of actors and statements in
media discourses on health risk phenomena and the role
of scientific experts**

Melanie Leidecker-Sandmann & Markus Lehmkuhl

Melanie Leidecker-Sandmann (Dr. phil.), Karlsruhe Institute of Technology, Department of Science Communication, Englerstraße 2, 76131 Karlsruhe, Germany. Contact: leidecker-sandmann@kit.edu. ORCID: 0000-0001-7203-2448

Markus Lehmkuhl (Prof. Dr.), Karlsruhe Institute of Technology, Department of Science Communication, Englerstraße 2, 76131 Karlsruhe, Germany. Contact: markus.lehmkuhl@kit.edu. ORCID: 0000-0001-8295-6548



© Melanie Leidecker-Sandmann, Markus Lehmkuhl

EXTENDED ABSTRACT

1. Introduction

The COVID-19 pandemic was and is an extremely present and much-discussed issue in public. Scientific experts, according to the general perception, were and are more in demand and present in the public discourse on the COVID-19 pandemic than perhaps ever before, as both governments and the population as a whole are relying on their professional expertise (Kropp, 2020). According to Habermas' "Idealtypus bürgerlicher Öffentlichkeit [ideal type of the bourgeois public]" (Habermas, 1990, p. 12), the normative claim to public discourse is that, in principle, all social groups can participate. In particular, when political decisions have to be made with regard to socially highly relevant, normative questions and problems – such as in the context of the COVID-19 pandemic – it is of great importance that the public discussion is not limited to actors of the so-called political "center" but that also actors of the so-called "periphery" (Habermas, 1992, p. 430), i.e. civil society actors such as scientific experts, are involved in the public discussion – so-called autochthonous public (Albrecht, 2010, pp. 35–39; Ferree et al., 2002, p. 300; Gerhards, 2002, p. 138; Habermas, 1992, pp. 439–432).

Based on this normative understanding of public discourse, our study *firstly* aims to analyze the structure of actors within the media discourse on the COVID-19 pandemic – in comparison to six other media discourses on health risk phenomena. We ask, which groups of actors were involved in the media discourse in which proportions and were given the opportunity to shape it in terms of content.

Of course, it is not only decisive for the public discourse which actors are involved, but also what kind of statements they make. Therefore, our study *secondly* aims to analyze the structure of statements within the media discourse on the COVID-19 pandemic – again in comparison to six other health debates publicly covered. Specifically, our analysis focuses on the type of statements made by actors in the media discourse (and especially those made by scientific experts). We distinguish between three different types of statements, namely statements that imply actions, such as demands for specific (political) actions, substantiating statements, such as quantifying information on the dimensioning of a hazard, and risk-related statements that evaluate a source of danger or provide a risk assessment. According to the so-called decisionistic model of the relationship between science and politics, the functions of scientific experts, namely to provide scientifically profound expert knowledge in the form of factual statements, and those of politicians, namely to make political decisions in the form of value statements, should be strictly separated (viewed normatively). Scientific experts can be included in public debates in order to convey the necessary specialist knowledge and facts (Weingart, 2019, p. 8). However, according to Weber's principle of freedom from value judgments in science, concrete political decisions or value state-

ments should only be made by political actors (Kevenhörster, 2021, pp. 722–723; Maelzer, 2014, pp. 46–53; Weber, 1922, p. 146). As part of our analysis, we can check whether and to what extent the scientists who were publicly visible through media coverage of the corona crisis and of the other health risk debates we examined were committed to Weber's dictum or not.

2. Research questions

Our analysis aims to analyze the structure of actors and statements within the media discourse on the COVID-19 pandemic in comparison to six other public health risk debates. We ask:

RQ1a) Which social actor groups have their say in media coverage on COVID-19 and are there differences in this regard compared to other public health risk debates?

RQ1b) Which social actor groups co-occur within the articles?

RQ1c) Does the arrangement of the actor structure change within media coverage on COVID-19 over the course of 2020?

RQ2) What kind of statements do the various groups of actors make within media coverage of COVID-19 and are there differences in this regard compared to other public health risk debates?

3. Method and Data

To answer our research questions, we carried out quantitative content analyses of the media discourses on seven health risk phenomena, four of which deal with infections (antibiotic resistance, ebola, pandemic flu, corona) and three with toxins (dioxin, glyphosate, nitrogen oxides). What all seven phenomena have in common is that they 1) contain health risks and 2) can be interpreted as so-called modernization risks, i.e. as unintended negative side effects of the scientifically, technically and economically driven optimization of human living conditions (Beck, 1986). The comparison of the structure of actors and statements within the media discourse on COVID-19 with that of other media risk discourses serves *firstly* to show similarities and/or differences between various risks, *secondly* to check whether the findings on COVID-19 coverage are generalizable (can we recognize patterns of reporting or is the corona discourse a 'special case' as opposed to the 'normal case?'), and *thirdly* to classify and interpret our findings.

The coverage of the *Süddeutsche Zeitung*, the *Welt*, the *Spiegel* and the *dpa* was analyzed for all seven issues in a period between 1995 and 2020. The text corpora were created by keyword searches in the databases *wiso presse*, *sz library* and *dpa-news.de*. From the populations determined in this way, random samples, stratified over time, were drawn, which were based on the quantitative course (peaks) of the coverage.

As part of the coding, for each actor literally or indirectly cited within an article we gathered the social subsystem they come from (science, scientific adminis-

tration, medicine, politics (executive, legislative or political administration), interest groups (partial and collective interests), and other civil society actors) and what kind of statement they make within the article.

The coding was carried out by twelve coders who had previously received intensive training from the project management. The quality of the coding was checked in advance using intercoder reliability tests. The reliability is in a very good to good range for all variables (Holsti: 0.79-1.00; Krippendorff's Alpha: 0.75-1.00).

4. Results

Our analysis reveals some specifics of the Corona discourse compared to the other health debates:

- 1) On average, the articles on the Corona crisis have a relatively high number of references to different actors per article, in particular a somewhat stronger concentration of all references to a small part of the articles with a particularly large number of citations.
- 2) Especially actors from the political executive and representatives of partial interests (e.g. from business or the cultural scene) were strongly present within the public corona debate in 2020. Representatives of public goods interests, on the other hand, played almost no role at all. We take this as an indication that the corona debate, at least in 2020, was primarily a negotiation debate between the executive and particular interests, which revolved around the specific design of the rules for effective contact avoidance.
- 3) Especially in articles that contain many references to different actors, scientific actors have their say. The occurrence of scientific actors within an article is relatively strongly linked with the occurrence of political actors (as well as with representatives of the scientific administration). This suggests that the political executive relied heavily on scientific expertise during the corona crisis.
- 4) Substantiating statements clearly dominate the statement structure in corona coverage. In addition, action-related statements play a moderately larger role in the corona debate, especially compared to discourses about other infectious diseases, which is expressed in a larger number of political claims in the corona discourse (also on the part of the scientific actors). The opposite is the case with risk-related statements – these are comparatively underrepresented in the corona discourse, which indicates that the risk potential of the virus could be recognized relatively quickly and clearly (and needed no further interpretations).
- 5) The statement pattern of the scientists derived from the decisionistic model seems to be less pronounced in the public corona debate compared to the other health risk debates. Scientific experts in the COVID-19 discourse moderately more often made recommendations for political action than in the comparative debates.

5. Discussion

Overall, our analysis shows that peripheral actors are involved in the public health discourses we analyzed. However, the COVID-19 discourse is dominated by representatives of the political executive and by representatives of partial interests. We think that this has to do with the explosiveness and social relevance of the issue, where social protective measures had to be initiated in order to contain the pandemic. In this case, politically executive and other strategically acting actors actively sought publicity and displaced other (peripheral) actors from the discourse to a certain extent. From Habermas' point of view, however, it would be necessary – especially with such sensitive issues of particular social relevance – for peripheral actors not to be pushed out of public discourse. Journalists can take this into account when choosing their sources.

In order to refer to the question “Politicization or clarification?” raised in the title of our article: Within media coverage of the corona crisis, scientific actors predominantly expressed themselves in the role of ‘factual enlighteners’, which is shown by the high proportion of substantiating statements. However, a little more often than in comparable debates, they also allowed themselves to voice politicized statements. In accordance with Weber's principle of freedom from value judgments in science, scientists should avoid the temptation to come up with political or social recommendations for action or even demands.

References

- Albrecht, S. (2010). *Reflexionsspiele: Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet* [Reflective Games: Deliberative democracy and the reality of political discourses on the internet]. transcript.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. [Risk society: On the way to another modernity]. Suhrkamp.
- Ferree, M. M., Gamson, W. A., Gerhards, J., & Rucht, D. (2002). Four models of the public sphere in modern democracies. *Theory and Society*, 31(3), 289–324. <https://doi.org/10.1023/A:1016284431021>
- Gerhards, J. (2002). Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien [The public deficit of the EU in the horizon of normative public theories]. In H. Kaelble, M. Kirsch, & A. Schmidt-Gernig (Eds.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert* (pp. 135–158). Campus.
- Habermas, J. (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* [The structural transformation of the public sphere: An inquiry into a category of bourgeois society]. Suhrkamp.
- Habermas, J. (1992). *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats* [Between facts and norms: Contributions to a discourse theory of law and democracy]. Suhrkamp.
- Kevenhörster, P. (2021). Politikberatung [Political consulting]. In U. Andersen, J. Bogumil, S. Marschall, & W. Woyke (Eds.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (pp. 720–727). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23666-3_108

- Kropp, S. (2020). *Corona-Krise: Wie wichtig ist Expertenwissen in der Politik?* [Corona crisis: How important is expert knowledge in politics?] <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/310712/expertenwissen>
- Maelzer, D. (2014). *Politik gut beraten? Lernprozesse in deutschen Gesundheitsreformen* [Politically well advised? Learning processes in German health care reforms]. Nomos.
- Weber, M. (1922). *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* [Collected essays on the theory of science]. Mohr.
- Weingart, P. (2019). Wissensgesellschaft und wissenschaftliche Politikberatung [Knowledge society and science policy advice]. In S. Falk, M. Glaab, A. Römmele, H. Schober, & M. Thunert (Eds.), *Handbuch Politikberatung* (pp. 1–12). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-07461-6_2-1